

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 76.

Montag, den 30. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Bedenktag der Partei.

Gestern vor fünfundsiebzig Jahren, am 29. März 1833, trat in Kopenhagen der zweite Kongress der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz zusammen. Nachdem der erste Kongress unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes im August 1880 auf dem Schlosse Wyden in der Schweiz getagt hatte, beschloß zwei Jahre später eine Konferenz von Parteiführern, im Frühjahr 1883 einen zweiten Kongress einzuberufen. Eine Einladung zur Besichtigung desselben brachte der „Lübecker Sozialdemokrat“ am 1. Februar 1883 an der Spitze des Blattes. Das war das Alarmzeichen für das nach vielen Hunderten zählende Spitzelheer Bismarcks, den Ort der Tagung des Kongresses auszuforschen und die Tagung selbst zu vereiteln. Die „klugen“ Spitzelkommandeure waren fest überzeugt, daß der Kongress wieder, wie der erste, in der Schweiz stattfinden würde. Da der „Sozialdemokrat“ natürlich nicht die Zeit der Tagung genannt hatte, lauerten die Spitzel wochenlang an der schweizerischen Grenze umher, von Lindau bis Basel ummittelte die Grenze von „Nichtgentlemen“ unter dem Kommando des Berliner Polizeirats Krüger. Als nach wochenlangem Harren — die Geschichte kostete den deutschen Steuerzahlern Hunderttausende! — die bürgerlichen Zeitungen die Nachricht brachten, der Kongress sei bereits zusammengetreten und tage im Norden, stürmte Krüger nach London, um hier zu erfahren, daß der Kongress in Kopenhagen sitze. Als der Spitzelhauptling ober in Dänemarks Hauptstadt ankam, war das Nest leer, die Verhandlungen waren beendet, die Vögel schon ausgeflogen. Man kann sich die Mut der Polizeiführer und ihres höchsten Herrn, des Fürsten Bismarck, vorstellen: Jahr für Jahr wurde ein Spitzelheer besoldet, das nun schon Millionen kostete, und doch wußten die größten Infiltrierer immer wieder all die pfiffigen Spitzelhunde an der langen Nase herumzuführen! Eine Blamage vor ganz Europa!

Der Kongress selbst war in trefflichster Weise verlaufen. Sechzig Delegierte waren erschienen, und zwar aus allen Gegenden des Reichs. Nach dem Bericht der Landat-Prüfungs-Kommission war auf keinem vorhergehenden Kongress der Partei eine so vollkommen gleichmäßige Vertretung aller Bezirke vorhanden gewesen, wie in diesem. „Die ärmsten Bezirke Schlesiens und Sachsens wie die entferntesten Süddeutschlands sind gleich dem Norden und Westen vertreten und gewährt die Gesamtvertretung ein sehr erfreuliches Bild von dem vortrefflichen Geiste, der die Parteigenossen in Deutschland befeuert“, heißt es in dem Bericht über den Kongress. In der gleichen Richtung bewegte sich auch der Bericht über die Situation und die Tätigkeit der Partei. Wenn die gegebenen Zahlen über die Finanzlage mit dem heutigen Stande unserer Parteifinanzen verglichen werden, zeigen sich jüngere Genossen vielleicht eines Lächelns über „kleinen Verhältnisse“ von damals nicht erwehren können. Die Einnahmen beliefen sich auf 95 000 Mk., die Ausgaben auf 92 100 Mk., so daß ganze 2900 Mk. in der Kasse der Partei waren. Dazu waren vielleicht 150 000 Mark von den Genossen in den einzelnen Orten aufgebracht und für Unterstüßungen, Wahlen etc. ausgegeben worden, alles in einem Zeitraum von etwa 2 1/2 Jahren. Wenn man sich vor Augen führt, daß das unter dem eisernen Drucke, unter den schwersten Verfolgungen, die irgend eine Möglichkeit, sich zu bewegen, ganz genau in den engsten Kreisen armer Arbeiter geleistet wurde, dazu in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise, kann man solchen Leistungen seine Bewunderung nicht versagen. Und es darf wohl heute, nach 25 Jahren, der jungen Generation in der Partei besonders in Erinnerung gebracht werden, daß, wie der Berichterstatter aus Auer hervorhob, gerade in den Belagerungsangengebieten der Geist der Partei am ausgezeichnetsten die Genossen am großartigsten opferten und wie aus dem Bericht des „Sozialdemokrat“ hervorgehe, das Blatt die größte Verbreitung besitze. Dort hätten Männer die Führung in der Hand, die vor wenigen Jahren niemand dem Namen nach gekannt, die auch heute weiteren Kreisen unbekannt wären und so recht aus der Mitte der Partei herausgewachsen seien. Dort habe sich gezeigt, alle Führerschaften ersehbar sei, die Partei nicht von kleinen abhängen. Der Vorschlag Auers, den Parteiführern der unter dem Belagerungsstand stehenden Bezirke für ihre tapfere und hingebende Haltung die Anerkennung des Kongresses auszusprechen, fand allgemeine Zustimmung.

Den Geist, der den Kopenhagener Parteikongress befeuert, charakterisiert auch die Tatsache, daß einstimmig von sächsischen Genossen vorgeschlagene Resolution

angenommen wurde, welche sich entschieden aussprach „gegen jedwede Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden Parteien, sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme“ und „rücksichtsloses Vorgehen der Partei“ forderte. Scharf verurteilte der Kongress das frevelhafte Spiel, das Bismarck mit der „sogenannten Sozialreform“ trieb, lediglich als Mittel, „um die Arbeiter vom rechten Wege abzulenken“. In der Tat, der Kopenhagener Kongress der deutschen Sozialdemokratie hat dem ränkevollen Gewaltmenschen Bismarck in voller Klarheit zu erkennen gegeben, daß er das Spiel verloren hatte, daß weder rohe Gewalt noch henchlerisch dargebotenes „Zuckerbrot“ die Sozialdemokratie besiegen oder auch nur verwirren konnte. Nicht ohne lebhafteste Kämpfe um Fragen der Taktik wie auch der Grundsätze vollzogen sich die Kongressverhandlungen. Es kann darauf hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Aber diese Kämpfe und ihren Ausgang jagte der Lübecker „Sozialdemokrat“ treffend:

„So hart auch die Geister aufeinanderprallten, so offen und rücksichtslos man sich auch gegenseitig die Meinung sagte, so trat doch andererseits deutlich das allgemeine Bestreben hervor: Nicht Majorisierung, sondern Auseinandersetzung und Verständigung. Und dieser lebhafteste Meinungsaustrausch bei den verschiedenen Fragen der Taktik etc. zeigte, daß unsere Partei in keiner Weise der Gefahr der Verkünderung ausgesetzt ist, daß es in ihr kein Papsttum gibt und keine Orthodoxie, sondern daß sie innerhalb der in unserem Programm niedergelegten Grundsätze Raum hat für jede ehrlich verfochtene Überzeugung.“ So durfte mit Recht 1883 das offizielle Organ der Partei sprechen.

Bismarck rächte sich für die Schlappe, die seine Spitzelgarde davongetragen hatte, dadurch, daß er die Genossen Auer, Bebel, Diez, Frohme, Heugel, Müller, Ulrich, Bierack und Vollmar auf der Rückreise von Kopenhagen verhaften ließ, unter flagranter Verletzung der Immunität der unter den Verhafteten sich befindenden Reichstagsabgeordneten. Und er nahm den Kopenhagener Kongress dann zum Anlaß, die schmachvolle Ara der Geheimbundprozesse gegen die Sozialdemokratie einzuleiten. Mehr wie drei Jahre allerdings brauchte er noch, ehe er ein Gericht im Deutschen Reiche fand, das diese Denkerarbeit an Recht und Gesetz zu leisten wagte. Die ersten Opfer waren die obengenannten Verhafteten, die im berüchtigten Freiberger Geheimbundsprozeß zu Strafen von 6 bis 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Ihnen folgten zahllose weitere Opfer mit vielen hundert Jahren Gefängnis. Vergeblich! Immer gewaltiger schwall trotz brutaler Verfolgungen das Heer der Sozialdemokratie an, bis die fast 1 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen bei den Februarwahlen des Jahres 1890 den vollständigen Zusammenbruch jener barbarischen Unterdrückungspolitik und zugleich den schmählichen Sturz des allgewaltigen „eisernen Kanzlers“ herbeiführten. In stolzer Freude schauen wir Sozialdemokraten heute zurück auf jene fünfundsiebzig Jahre des Kampfes und der Erfolge, und frohe Zuversicht erfüllt zugleich unsere Herzen bei dem Ausblick auf die siegreiche Zukunft!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der schwachbesetzte Reichstag setzte am Sonnabend die 3. Sitzung fort. Beim Etat des Reichsamts des Innern entwickelte sich zunächst so etwas wie eine sozialpolitische Generaldebatte, in welcher der Zentrumsmann Beckert-Arnberg leidlich verständige sozialpolitische Ansichten bekundete, die sich ziemlich vorteilhaft gegenüber der Mugdan-Haß auf die proletarische Selbstverwaltung der Krankenkassen ausnahm. Aber von Arbeiterkammern will auch Herr Becker nichts wissen. Der Rentnierzweig des Zentrums, Giesberts, brachte es fertig, zwar die Rentenversicherung nicht geradezu zu verteidigen, aber doch auf mildernde Umstände für die Versicherungsanstalten zu plädieren. Herrscher renommierte mit seiner Kenntnis des Goetheschen „Faust“ und Erzberger verlangte bessere Seelsorge in den Heilstätten. Von unserer Fraktion sprachen die Genossen Hoch, der nochmals die Sozialpolitik im Reiche Ballins beleuchtete, Stadthagen, der erneut den flagranten Reichsverfassungbruch festnagelte, den der bürssische Oberpolizeiherr mit der bekannten Verfügung über die Legitimationspapiere der ausländischen Arbeiter begangen hat, Seeverling, der ein treffendes Wort über die Art und Weise sprach, wie der preussische Handelsminister Delbrück Sozialpolitik im Potemkinsstille treibt, Zurbell und Lehmann, die die Fähigkeit gezeigten, mit der die zuständigen Behörden dem langsamem Stillstand durch Weisheit zusehen. Den Schluß der Sitzung füllte eine breite Kulturkamp-

pankerei zwischen den Parlamentsjünglingen Erzberger und Everling aus. Herr Mugdan fühlte sich berufen, sich in diesen konfessionellen Streit einzumischen. Nachdem man in der Dauer Sitzung glücklich mit dem Reichsamts des Innern fertig geworden war, vertagte man die weitere Durchpfeischung des Etats auf Montag.

Als Tag der Neuwahlen

zum preussischen Abgeordnetenhaus ist von der Regierung jetzt bestimmt Mittwoch, der 3. Juni, in Aussicht genommen.

Wie freisinnige Wahlrechtskundgebungen gemacht werden!

Es ist hinreichend bekannt, daß weite liberale Kreise für eine Änderung der preussischen Wahlgesetzgebung nicht viel übrig haben, weil sie von derselben eine auf ihre Kosten vor sich gehende Wirkung der Sozialdemokratie vermuten. Deshalb stehen sie auch der Wahlrechtsbewegung sehr gleichgültig gegenüber. Das wissen die führenden Personen und — hüten sich doch keinen Hund vom Dfen weglocken und sich durch schlechtbesuchte Versammlungen nur blamieren würden. Das wußten auch die liberalen Führer in Köslin. Deshalb riefen sie die liberalen Kolonialwärmer Dr. Rohrbach zusammen, in dem dieser in gewohnter Weise für Kolonialpolitik Stimmung machte. Der Einladung war man zahlreich gefolgt — also hatte man die beste Gelegenheit für eine liberale Wahlrechtskundgebung. Nachdem Dr. Rohrbach im Schweiß seines Angesichts die Herrlichkeiten und Annehmlichkeiten unserer „teuren“ Kolonien geschildert, verlas der Leiter der Versammlung ohne jeden Übergang eine Resolution für — ein freies Preußenwahlrecht! Die Anwesenden waren zwar veruzt, hatten aber natürlich gegen dieselbe nichts einzuwenden. Das ist freisinniger „Wahlrechtskampf“. Wobei man noch bedenken möge, daß sich derselbe im Wahlkreise des Herrn Dr. Barth abspielt — es sich also um Linksliberale handelt! Solche Wahlrechtskundgebungen auf Umwegen — wie sich der Vorsitzende jener Versammlung ausdrückte — sollen keineswegs so selten sein!

Der Sprachenparagraf im Reichsland.

Der § 7 bringt auch für die französisch sprechende Bevölkerung des Reichslandes schwere Gefahren, natürlich ganz besonders wie anderwärts für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land. Und bei der bekannten Vorliebe der reichsländischen Behörden und Regierung für die französische Sprache ist nicht anzunehmen, daß die Regierung in entgegenkommender Weise Ausnahmen zuläßt. Sozialdemokratische Versammlungen und solche der freien Gewerkschaften dürften auf Ausnahmen im französischsprachigen Sprachgebiete wohl kaum zu rechnen haben. Es ist eine erhebliche Anzahl von Kreisen, die von dem Sprachenverbot getroffen wird. Nur ein einziger Kreis, nämlich Chateau-Salins, verfügt über 60 Proz. französisch sprechender Bevölkerung. Folgende Kreise haben aber stark französisch sprechende Minderheiten: Mey-Land mit 47,38 Proz., Rappoltsweiler mit 32,03 Proz., Diedenhofen-West mit 26,70 Prozent (18,50 Proz. italienisch), Molsheim mit 23,75 Prozent, Saarburg mit 22,30 Proz., Metz-Stadt mit 21,23 Proz., Volchen mit 11,79 Prozent. Auch in den übrigen elsass-lothringischen Kreisen ist die französische Sprache in nicht unerheblichem Maße vertreten. Der Landesauschuß beschloß in Voraussicht der Dinge, die da kommen können, in seiner letzten Sitzung die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat darauf hinzuwirken, daß durch den am 19. März d. J. von den Mehrheitsparteien des Reichstags unter Zustimmung der Reichsregierung in Sachen des § 7 des Reichvereinsgesetzes gefaßten Kommissionsbeschluß die Elsass-Lothringer französischer Zunge schwer benachteiligt würden. Der Landesauschuß spricht die Erwartung aus, daß die elsass-lothringische Regierung nichts unversucht lassen werde, um diese durch nichts gerechtfertigte Maßregel von einem Teile der elsass-lothringischen Bevölkerung abzuwenden.

Der Abg. Blumenthal gab namens der liberalen Fraktion die Erklärung ab, daß sie in dem Paragraphen eine schwere Gefahr für Elsass-Lothringen erblickt und daß sie aus diesem Grunde — also nicht etwa aus prinzipiellen Gründen — für den Antrag stimme. Die Regierung meint, die Sache sei gar nicht schlimm, der § 7 könne ja durch die Landesgesetzgebung geändert werden. Darauf erwiderte der klerikale Abg. Dr. Ricklin, daß er dem nicht traue. Die Landesgesetze müßten durch den Bundesrat genehmigt werden. Dort aber habe Preußen den größten Einfluß und es könne keine Ausnahmen für Elsass-Lothringen zulassen, weil sich sonst klar ergebe, daß der § 7 nur gegen die Polen gerichtet sei. Damit kam der Mann recht behalten.

Bülow und der Journalistenstreik.

Nachträglich wird durch die Presse eine eigenartige Episode aus dem Journalistenstreik bekannt, bei der ein Eingreifen Bülows in die Differenzen zwischen Parlament und Journalisten in Aussicht stand. Die klerikale „Köln. Volksztg.“ berichtet darüber:

„Es wird in Abgeordnetenkreisen erzählt, daß ein dem Fürsten Bülow sehr nahe stehender Journalist, ein Abdeutscher, der im Streik eine führende Rolle spielte, ein Schreiben an den Fürsten Bülow und ein Antwortschreiben des Fürsten Bülow an die Tribünenjournalisten abgefaßt und dem Fürsten Bülow zur Unterzeichnung vorgelegt hätte. Der Reichskanzler hätte sich, wie dieser Herr der Streikversammlung versichert, zur Unterzeichnung des Schriftstücks bereit erklärt, falls die Streikversammlung dieses wünsche. In dem Antwortschreiben des Fürsten Bülow sei das Bedauern über die Haltung des Reichstages und eines einzelnen seiner Mitglieder ausgesprochen worden. Die Versammlung hätte aber dieses Eingreifen des Reichskanzlers abgelehnt.“

Das Zentrumsblatt ist nun freilich in dieser Angelegenheit kein klassischer Zeuge, denn da der Veranlasser des Streites, Herr Gräber, Zentrumsmitglied ist, war die Presse dieser Partei bei der Sache in einer etwas heiklen Lage. Hingzu kommt, daß ja seit Dezember 1906 zwischen Bülow und dem Zentrum „die Drähte gerissen“ sind; seit dem Bülowschen Kampf gegen Schwarz und Rot stehen die Zentrumsorgane zu Bülow in scharfer Opposition und möchten ihn lieber heute als morgen stürzen, um sich selbst und ihrer Partei Genugtuung zu verschaffen. Daß sie sich dazu auch, wenn sich Gelegenheit bietet, des Mittels bedienen, Bülow in einen Gegensatz zum Reichstage zu bringen, ist zu verstehen. Bei solchem Bemühen des Zentrums muß man dahin zielende Mitteilungen aber mit einiger Vorsicht aufnehmen.

Die Angaben der „Köln. Volksztg.“ erfahren aber von anderer Seite eine Bestätigung und zwar in der nicht weniger als regierungsfeindlichen „Dortmunder Ztg.“, dort wird berichtet:

„Es braucht nur angedeutet zu werden, daß die leitende Persönlichkeit im Reich bereit gewesen ist, weit über den Wortlaut und Inhalt der Gräberschen Abbitte hinaus den Reichstagsjournalisten eine besondere Ehrenerklärung zu geben. Wenn dies Anerbieten freudwilliger Dientle abgelehnt wurde, so geschah es in dem Wunsche, aus dem Kleinkrieg zwischen Presse und Parlament nicht eine große und in ihren Folgen unabsehbare Aktion der Regierung gegen den Reichstag entstehen zu lassen. Ein Eingreifen, wie es Fürst Bülow beabsichtigt haben mag, würde das völlige Desavouement des Präsidenten Grafen Stolberg bedeuten und zu Konflikten mit dem parlamentarischen Selbstbewußtsein geführt haben, über die Blockpolitik und Kompromißaktionen von Monaten klärend hätten in Scherben gehen können. Es wird gut sein, daß man im Lande draußen von diesen Vorgängen wenigstens andeutungsweise erfährt. Einerseits sollte die Kenntnis davon nützlich für das Bild sein, das man sich von der vornehmen Art des Kanzlers noch mehr als früher machen darf; dann aber wird die Entscheidung der Journalisten, die Demonstration gegen die obliquen M. d. R. zu beenden, erst durch die dankend abgelehnte Bülowaktion ganz verständlich und erhält ihre rechte Beleuchtung stiller Selbstlosigkeit.“

Das Dortmunder Blatt verneint also die Bereitwilligkeit Bülows zum Eingreifen gleichzeitig zu dessen höherer Ehre und derjenigen der Reichstagsjournalisten auszusprechen. Die Mitteilung ist also jedenfalls nicht Bülowfeindlich. Nach übereinstimmenden Angaben von so entgegengelegter Seite darf man aber annehmen, daß die Vorgänge sich wirklich so ereignet haben.

Da muß man sich aber fragen: Welches Motiv konnte Bülow haben, sich eventuell in einen scharfen Konflikt mit dem Reichstag zu stürzen? Doch sicherlich nicht nur das, sich bei den Journalisten einen Stein im Brett zu schaffen, damit sie zu seinem Ruhm noch kräftiger die Posaune blasen. Glaubt er etwa, durch sein Eingreifen das Zentrum demütigen zu können? Dieser Versuch hätte zweifellos in einen Konflikt mit dem Reichstag umschlagen müssen, bei dem, wie die „Dortmunder Ztg.“ richtig bemerkt, die Blockpolitik und die Kompromißaktionen in Scherben gegangen wären. Man könnte ja annehmen, daß auch Bülow allmählich zu der Meinung gekommen sei, mit dem Block sei doch nichts Ernstes anzufangen, und daß er selbst ihn vielleicht ipseingen möchte. Aber abgesehen davon, daß solches Gewaltmittel der Natur des krisenindischen Reichskanzlers zu widersprechen scheint, wäre der Moment unmittelbar vor Abschluß der Staatsberatungen dazu so schlecht gewählt, daß auch diese Annahme den Boden verliert.

Man kann also nur annehmen, daß Bülow sich die Presse für spätere Fälle verbinden wollte. Falls die Blockpolitik demnächst doch aus den Fugen geht, wird er ja in der Rolle des Greises auf dem Dache sitzen. Da wird ihm jedoch die „nechte Großmacht“ auch nicht helfen können.

Von der Ostafrika-Herrlichkeit.

Am Kilimandjaro und Meru in Ostafrika macht sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, infolge der starken Nachfrage nach Farmen bereits Landknappheit geltend. Die besten Plätze, besonders solche, die für Viehzucht geeignet sind, sind alle vergeben. Das offiziöse Blatt bemerkt dazu: „Wenn das Land zum Teil auch recht fruchtbar und wasserreich ist, so gibt es doch auch ausgedehnte Strecken mit steinigem Boden und das Wasser der Bäche reicht in der Trockenheit nicht überall aus. Es scheint demnach, daß der Umfang des wirklich kulturfähigen Gebietes an den beiden großen Vulkanen in der Heimat und hier und da auch im Schutzgebiet erheblich überschätzt worden ist.“

Die Ansiedlungen in Ostafrika konzentrieren sich auf ganz wenige Landstriche und namentlich auf das Gebiet am Kilimandjaro, so daß man tiefen Teil in der Kolonie kurzweg die Quetschhalte nennt. Der letzte amtliche Bericht über Ostafrika macht schon darauf aufmerksam, daß der Arbeitermangel auf den Farmen

ganz wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die Farmer sich an einigen wenigen Punkten haufenweise angesiedelt haben. Nun kommt zu dem Arbeitermangel auch schon die Landknappheit hinzu.

Südwestafrikanisches.

Einen guten Maßstab für die „Blüte“ der mit hunderten von Millionen behaupteten Kolonie geben die Ziffern einer amtlichen Statistik, wonach im vergangenen Jahre die Zahl der Zivilprozesse, Mahnsachen, Arreste, Wechselproteste und der Zwangsvollstreckungen im Privatauftrage um 85—150—200, ja, bei Wechselprotesten um 400 Proz. gegen 1906 gestiegen sind. Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ schreibt dazu:

„Diese Zunahme wirkt ein großes Schlaglicht auf unsere geschäftlichen Zustände. Erfahrene Kaufleute beobachten den Gang der Dinge mit Aufmerksamkeit und Sorge. Die Zunahme der gerichtlichen Auseinandersetzungen hat nicht die vermehrte Einwanderung verursacht, sondern ein wirklicher geschäftlicher Niedergang, nachdem in den Kriegsjahren ein guter Verdienst zu allzu weiter geschäftlicher Ausdehnung und zu allzu vielen Neugründungen Anlaß gegeben hatte. Erst wenn die Kapitalanlagen im kaufmännischen Geschäft auf ein der Lage entsprechendes Maß gesunken sind, wird eine Gesundung eintreten. Die Grundlage des Geschäfts in Südwestafrika ist die Kaufkraft der Truppe und des Farmers. Erstere ist verringert worden und wird noch weiter verringert werden. Letzterer ist noch in den Anfängen seiner Wirtschaft, kann vorläufig weder genug noch billig genug produzieren, seine Aufnahmefähigkeit ist also noch unbedeutend. Die Entscheidung hatte das Geschäft belebt; da diese Gelder abgeflossen sind, heißt es jetzt, sich auf Jahre der Stille vorbereiten.“

Was von den Begnern der tolen Kolonialpolitik immer gesagt wurde, wird hier von einem Kolonialblatt in düren Worten bestätigt. Die ungeheure Schwindelblase der „gebeilichen Entwicklung“ ist geplatzt, und was übrig bleibt, ist der Bankerott. Der jahrelange, durch Fredekatzen vor Kolonisten verursachte Krieg war für die Herren da unten ein brillantes Geschäft, indem sie an den zu ihrem „Schutze“ gekommenen Truppen ungeheure Profite machten, auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Und ein weiteres Geschäft machten die kolonialen Niederländer mit der Entschädigung aus Reichsmitteln. Nun, nachdem Krieg und Entschädigung der Vergangenheit angehören, ist es mit der Kolonialherrlichkeit vorbei — und Südwestafrika ist wieder die trostlose Sandwüste.

Ein agrarisches Mittel gegen die Landflucht.

Auf der 67. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins zu Königsberg am 25. März stellte der Gutsbesitzer Henke-Neu-Waldeck den Antrag, beim preussischen Abgeordnetenhaus zu beantragen, daß es gesetzlich verboten werde, inländische Arbeiter bei dem bevorstehenden Bau des Naturischen Schiffahrtskanal zu beschäftigen. Nur Gefangene, Zuchthäuser und billige ausländische Arbeiter dürften dabei arbeiten. Begründet wurde dieser Antrag damit, es müsse unter allen Umständen verhütet werden, daß etwa der letzte Rest der in Ostpreußen vorhandenen Landarbeiter lohnendere Beschäftigung beim Kanalbau finde.

Erschwerung der Freizügigkeit, sowie das Verbot, ländliche Arbeiter bei Eisenbahn- und Kanalbau zu beschäftigen, das sind also die Mittel der ostelbischen Junker, um die Landflucht aufzuhalten.

Rußland.

Gefängnisgrenel. Von den unzähligen Blättermeldungen über die Grenel in russischen Gefängnissen seien folgende angeführt: Vor kurzem brach im Gouvernementsgefängnis in Tiflis ein allgemeiner Hungerstreik aus. Der Gouverneur veröffentlichte hierauf eine Erklärung in den Zeitungen, daß die Klagen der Gefangenen berechtigt seien und daß sie der pekuniären Unterstützung der Gesellschaft bedürften! — Das Gefängnislazarett in Kiew ist mit Typhuskranken überfüllt. Der Gouverneur wandte sich an das Stadthaupt mit dem Ersuchen, einen Teil der Kranken in städtischen Krankenhäusern unterzubringen. — Furchtbare Zustände herrschen in Lugansk. Das Gefängnislazarett ist mit Typhuskranken überfüllt. Täglich sind Todesfälle zu verzeichnen. Selbst die Gefängniswärter fallen der Krankheit zum Opfer. Während der letzten zwei Monate erkrankten 15 Aufseher, von denen zwei starben. Unter den Gefangenen sind Todesfälle weit häufiger. Im Januar starben 10 von ihnen, darunter zwei „Politische“. Von 45 politischen Gefangenen sind 18 am Typhus erkrankt.

Frankreich.

Marokko vor der französischen Kammer. Freitag kam die Forderung der Regierung, außerordentliche Kredite für Marokko zu bewilligen, zur Debatte. Der Bericht des Abg. Doumer (rad.) war mehrere Tage zuvor verteilt worden. Im Laufe der Erörterung kam es zu einer lebhaften Diskussion zwischen Saures und der Regierung über das Vorgehen der französischen Truppen. Kriegsminister General Picquard bemerzte die vom „Matin“ gebrachte sensationelle Nachricht von einem Blutbade der Marokkaner. Die Meldungen des Generals d'Amade bewiesen, daß durch Granatfeuer lediglich 2000 Marokkaner auseinandergejagt worden seien; Frauen und Kinder seien geschont worden. Die Menschlichkeit d'Amades erhöhe seinen und Frankreichs Ruhm. Auf die Anfrage Saures, ob die Regierung beabsichtige, Saffi und Azemmur zu befehlen, erwiderte der Minister des Auswärtigen Picquard: Herr v. Schön fragte an, ob wir die Absicht hätten, Saffi und Azemmur zu befehlen. Darauf habe ich geantwortet, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Absicht nicht hätten, falls die fremden Kolonien nicht in Gefahr seien.

Vereinigte Staaten.

Blutiger Ausgang einer Arbeitslosen-Rundgebung. Sonnabend gegen 2 Uhr fand in New York ein großer Demonstrationsumzug von angeblichen Arbeitslosen statt, unter denen sich zum größten Teil russische Anarchisten befanden, nur wenige der Umzügler machten den Eindruck von wirklichen Ar-

beitern. Als die Demonstranten, etwa 10 000 Männer und Frauen, die zum Teil anarchistische Banner und rote Hüte trugen, am Union Square ankamen, stellten sie sich und wollten eine Versammlung im Freien abhalten. Da sie keine Erlaubnis hierzu bekommen hatten, erschloß sich Augenblick erfolgte ein fürchterlicher Knall, und zwei Menschen sanken blutüberströmt zu Boden. Einer der Demonstranten, ein gewisser Selig Silberstein, hatte eine Bombe aus der Tasche gezogen, um sie auf die Polizisten zu schleudern. Das Geschloß explodierte in seiner Hand und riß ihm einen Arm ab, sein Nebenmann wurde in Stücke zerrissen. Mehrere andere Personen wurden verletzt. Nun säuberte die Polizei energisch den Platz, Polizisten ritten auf die Bürgersteige, niemandem wurde erlaubt, stehen zu bleiben. Die ganze Polizeimannschaft wurde aufgeboten. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen.

Es wird noch gemeldet: Die Polizei hatte alles an geboten, um das öffentliche Meeting auf dem Union Square zu verhindern. Ein Aufgebot von 200 Schutzeinheiten, zu Fuß und zu Pferde, waren tätig. Diese suchten die Menge, die aus etwa 20 000 Personen, Männer und Frauen, bestand, zu zerstreuen. Der Polizeikommandant Schmittanger, der eine Polizeitruppe von 1500 Mann noch in Reserve hatte, glaubte, die Gefahr sei vorüber, als der russische Anarchist Selig Silberstein den Versuch machte, auf eine Gruppe von 20 Polizisten eine Bombe zu werfen. Die Fühlschnur war aber so kurz, daß das Geschloß ihm noch in der Hand explodierte und ihm den rechten Arm zerschmetterte und andere schwere Verletzungen beibrachte, die die Ärzte für tödlich halten. Ein neben ihm stehender Ausländer namens Beckmann wurde durch die Explosion getötet. Zwei Polizisten und einige andere nahestehende Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Augenzeugen wollen gesehen haben, daß Beckmann den Versuch gemacht hatte, den Bombenwerfer mit seiner Person zu verdecken. Die Polizei schlug schließlich mit Knütteln herein und die verbliebenen Schutzleute ritten in die Menge hinein. Die Demonstranten sahen die Marzellaise, mußten aber dann der starken Polizeimacht weichen. Silberstein erklärte, er habe die Bombe nach den Angaben im Konversationslexikon angefertigt und besitze keine Mitschuldigen; er will durch das scharfe Auftreten der Polizei zu seinem Vorgehen gereizt worden sein.

Inwiefern diese Meldungen, die wir bürgerlichen Blättern entnehmen, zutreffen, entzieht sich unserer Kenntnis. Nähere Nachrichten sind abzuwarten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 30. März.

Achtung Maurer! Über sämtliche Puharbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugang von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Die Mannschaften des Fährbetriebes der Alster Schiffer, Maschinisten und Steuerleute sind ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Zugang nach der Grevesmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Seavenünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die Flußschiffer.

Achtung Metallarbeiter! Bei der Firma Wilhelm Köpp u. Co., Drahtwarenfabrik, Catharinenstraße hier, haben die Drahtspinner und Helfer wegen bedeutender Abforderektion am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter haben sich bemüht, noch in letzter Stunde die Differenzen auf gutlichem Wege zu schlichten; dieser Versuch ist aber leider an der Hartnäckigkeit der Firmeninhaber gescheitert. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters, den Betrieb so lange zu meiden, bis die Differenzen beigelegt sind. Die Arbeiter sind zu jeder Zeit zur Unterhandlung bereit. Folgender Entlassungsschein, welcher uns im Original vorgelegen hat, haben am Sonnabend zwei Arbeiter obiger Firma erhalten:

Hiermit bescheinigen wir, daß (folgt Name) bei uns in Arbeit gestanden hat und heute die Arbeit niedergeworfen hat.

Wilh. Köpp u. Co.

Anscheinend ist die Firma Köpp nicht gerade hervorragend geschäftlich, denn sonst würde sie wissen, daß derartige Entlassungsscheine, wie sie sie ihren Arbeitern in blindem Eifer ausgestellt hat, direkt gegen die Gewerbeordnung verstoßen.

Sch. Zum Streik der Gärtner haben wir bereits Sonnabend berichtet, daß derselbe, nachdem man sich mit den meisten Firmen geeinigt hat, als beendet zu betrachten ist. Wie uns nun berichtet wird, wurden einzelne dieser Firmen bereits schon am Sonnabend nach Bekanntwerden der Sachlage von Arbeitern, die ihre Arbeitskräfte anbieten, überlaufen. Wir müssen ein derartiges Verhalten als gegen die Interessen der Arbeiterschaft, gegen unsere Klassen- und Arbeiter-solidarität verstoßend, entschieden verurteilen. Wir haben mit einer jungen Organisation in vierwöchentlich harten Kämpfen uns eine Verbesserung errungen. Da wir zu einem Tarifabschluß nicht gekommen sind, müssen wir alle taktischen Mittel anwenden, um das Errungene auch festzuhalten. Auch sind einzelne Firmen derart mit Streikbrechern besetzt, daß unser Einfluß auf sie gegenwärtig illusorisch ist, doch müssen wir im Laufe der Zeit auch auf die Verhältnisse in diesen Firmen einzumischen suchen. Ferner müssen wir die Kollegen, die in diesen Firmen ausständig wurden, bei solchen Firmen, die als geregelt gelten können, unterbringen. Infolgedessen darf in gärtnerischen Betrieben ohne grüne Arbeitskarte nicht gearbeitet werden. Wir ersuchen die gesamte Lübecker Arbeiterschaft hierauf streng zu achten. Wer in einem gärtnerischen Betriebe ohne grüne Arbeitskarte beschäftigt betroffen wird, ist, wir betonen dies nochmals ausdrücklich, gegen die elementarsten Klasseninteressen der Arbeiterschaft verstoßend nach wie vor als Streikbrecher zu betrachten. Wir ersuchen die Lübecker Arbeiterschaft, die uns in unserem Kampfe seither nachdrücklich unterstützt hat, die Unterstützung uns auch ferner entgegen zu lassen.

Aussperrung in der Metallindustrie. Trozdem die Differenzen auf der Howaldtswerft in Kiel beigelegt sind, hat am Sonnabend die Lübecker Maschinenbaugesellschaft die Werkstätten ihrer Arbeiter, insgesamt ungefähr 250 Personen, ausgesperrt. Dieser Terrorismus

des Unternehmertums hat erklärlicherweise bei den Arbeitern die größte Erbitterung hervorgerufen und es ist noch nicht abzusehen, welche Folgen daraus entstehen können. Jedenfalls zeigt dieser Streich den Arbeitern zu Evidenz, wie notwendig es ist, sich ihrer Organisation anzuschließen. Die Kapitalisten, die bei den Wahlen Arbeiterfreundlichkeit heucheln, werfen ohne irgend welche Gewissenskrümel auf das Straßenpflaster, die lange Jahre bei ihnen beschäftigt waren, und schimpfen dann auf den Terrorismus der Arbeiter. Es gibt dann keine „Liberale“ oder „Freisinnigen“, die hiergegen auch nur ein Wort des Tadelns finden.

Eine „allgemeine bürgerliche Versammlung“ fand am Freitag abend im „Colosseum“ statt. Einberufen war dieselbe vom Nationalliberalen Verein, einer Organisation, für deren Gründung nach der Meinung des Amtsblattes in Lübeck ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Auch für die „allgemeine bürgerliche Versammlung“ muß wohl ein „dringendes Bedürfnis“ vorgelegen haben, denn dieselbe war infolge eifrigen Mühen der Reklametrömmel von zirka hundert Personen besucht. Vor dieser „stättlichen“ Hörsaal, die sich in den weiten Räumen des „Colosseum“ unauffällig niederlassen konnte, gab dann der Reichstagsbenjamin Dr. Stresmann seine Weisheit, die unsere Leser noch weniger als die Versammlungsteilnehmer interessieren dürfte, zum besten. Man kann hieraus ersehen, wie „imposant“ der Aufmarsch der bürgerlichen Parteien ist, wenn die Arbeiter zu Hause bleiben.

Invalidentrenten. Welche Bedeutung die Invalidentversicherung für die deutsche Volkswirtschaft hat, läßt sich wohl am besten aus der Entwicklung der Invalidentrenten in den ersten 17 Jahren des Bestehens der Versicherung erkennen. Bei der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte sind in dieser Zeit 28 278 Anträge auf Bewilligung einer Invalidentrente eingegangen, von denen 23 018 anerkannt wurden. Von den bewilligten Renten entfällt naturgemäß die Mehrzahl auf Hamburg, nämlich 14 434; dann kommt Bremen mit 6355 und Lübeck mit 2229 Renten. Ende 1907 befanden sich rund 12 500 Personen des Bezirks in dem Besitz einer Invalidentrente. Dabei fällt ins Gewicht, daß der durchschnittliche Jahresbetrag der Invalidentrente von 116,48 Mk. im Jahre 1892 auf 180,91 im Jahre 1907 gestiegen ist. Wollte man diesen Durchschnittsbetrag einer Berechnung der Aufwendungen für die zur Zeit laufenden 12 500 Invalidentrenten zugrunde legen, so würde das eine Jahresausgabe von 2 260 125 Mk. für Invalidentrenten bedeuten, während in Wirklichkeit nur 2 097 276,63 Mk. dafür im Jahre 1907 aufgewendet wurden. Bis zum Jahre 1903 stieg die Zahl der alljährlich bewilligten Renten ununterbrochen, sie erreichte in jenem Jahre die Höhe von 2595. Seitdem sank die Zahl der Bewilligungen im Jahre 1904 auf 2541, im Jahre 1905 auf 2172 und im Jahre 1906 gar auf 1866; sie betrug 1907 1990. Wenngleich auf den Rückgang der bewilligten Invalidentrenten die seit 1903 durchgeführte, bessere Kontrolle der Rentempfänger nicht ohne Einfluß gewesen sein wird, so ist doch auch die Annahme gerechtfertigt, daß sich die von Jahr zu Jahr gestiegenen Maßnahmen einer vorbeugenden und heilenden Krankenpflege, wie sie bei der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte insbesondere auch hinsichtlich der Lungentranken getroffen wurden, mehr und mehr fühlbar machen. Die meisten Rentempfänger sind erst im Alter von 60 bis 64 Jahren in den Genuß der Rente getreten, wobei zu erwähnen ist, daß im allgemeinen die weiblichen Versicherten erheblich länger im Besitz ihrer Erwerbsfähigkeit bleiben, als die männlichen.

Das Urteil im Prozeß gegen den Spielautomatenbesitzer Vorstorf, der in der SandstraÙe eine Automatenhalle errichtet hatte, wurde am Sonnabend von der Strafkammer gesprochen. Er wurde wegen gewerbsmäßigen Glückspiels zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Öffentliche Bücher- und Lesehalle. Im Monat Januar sind 8471 (1907: 7721) und im Monat Februar 8775 (1907: 7280) Bände entliehen worden. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre beträgt also in den beiden Monaten Januar und Februar 750 bzw. 1495 Entleihungen und wird im Monat März voraussichtlich nicht geringer sein als im Monat Februar. In der Regel werden 300 bis 400 Bände an einem Tage ausgegeben. Diese Ziffern sind um so bemerkenswerter, als die beherrschende Literatur zu einem erheblichen Teile dem Magazin entnommen ist zwecks Bearbeitung für den neuen Katalog, an dem mit Eifer gearbeitet wird. Zum Teil wird diese starke Zunahme des Entleihungsverkehrs auch verursacht sein durch eine Neuerung im Betriebe der Bücherhalle, die sich recht gut bewährt hat. Während nämlich bisher jeder Leser grundsätzlich nur ein Wert entleihen konnte, ist es jetzt den Lesern der Bücherhalle gestattet, sich nach Lösung einer 2. Karte, die unentgeltlich verabfolgt wird, neben einem Werke der beherrschenden Literatur, auch noch ein Werk der schönen Literatur zu entleihen. Diese Neuordnung, die sich auch an anderen großen Bücherhallen bewährt hat, hat sich auch hier schnell eingebürgert.

Die organisierten Freiseigerhilfen halten gegenwärtig an allen Verbandsorten Protestversammlungen ab, da die Forderungen der Gehilfen auf Regelung der Arbeitszeit durch die Sozialgesetzgebung bisher in keiner Weise berücksichtigt worden sind. Gefordert wird, daß 1. die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 Uhr abends (Sonnabends nicht nach 10 Uhr abends) enden soll, 2. eine Beschäftigung an Sonn- und Festtagen im allgemeinen nur bis 12 Uhr mittags, an den zweiten Ostern, Pfingst- und Weihnachtstagen dagegen überhaupt nicht stattfinden darf, und 3. eine einstuündige Mittagspause eingeführt werden möge. Die Versammlungen nehmen gleichzeitig Stellung zu dem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern und wenden sich vor allem gegen den § 7 des Entwurfs, wonach die Handwerksstellen und Gehilfen von den Arbeitskammern gänzlich ausgeschlossen sein sollen. Seit 14 Jahren sind die Freiseigerhilfen vergeblich bemüht, die gesetzgebenden Körperschaften zu einer Regelung der widersinnig langen Arbeitszeit im Barbier- und Friseurgewerbe zu veranlassen. Ein gesetzgeberisches Eingreifen ist in diesem Falle umsomehr notwendig, als in diesem Gewerbe zumeist jugendliche Arbeiter beschäftigt werden und die Innungen bisher erfolgreich bemüht waren, durch ihren „vorzüglichen Erkennungsdienst“ (Alteßbuch und Arbeitsnachweis) das Aufkommen einer starken Organisation der Gehilfen zu verhindern. Dennoch sind die organisierten Gehilfen überzeugt, daß die Arbeitsbedingungen nur dann verbessert, die mancherlei Mißstände erst dann beseitigt werden, wenn die noch unorganisierten Kollegen dazu beitragen, indem sie sich dem Verbands der Freiseigerhilfen anschließen. — Erwähnt sei noch, daß der Sitz des Verbandes am 1. April nach Berlin verlegt wird. Die neue Adresse des Verbandsvorstandes ist: F. Eghorn, Berlin N 58, Stolpischestraße 56.

Beide Schaufenster eingeschlagen wurden Sonntag nacht gegen 11 Uhr einem Grünwarenhändler an der Watenismauer. Zwei auf der Reife befindliche Handwerksgehilfen hatten wohl die Absicht, die aus Zigarren, Bier um bestehende Auslage an sich zu reißen. Auf einen leisen Pfiff kirkten die Schaufenster — die nach der Kaiserstraße und

Watenismauer belegen sind — zu gleicher Zeit. Die Abeltäter wurden jedoch durch die Bewohner an ihrem Vorhaben gehindert und versuchten zu entkommen. Dies gelang jedoch nur dem einen, während der andere auf der Treppe der Wurgtorbrücke von einem Polizisten abgefaßt wurde. Der Verhaftete will den Namen seines Komplizen nicht kennen. Die großen Scheiben sind vollständig zertrümmert.

Stadtheater-Propositorium. Dienstag wird das Lustspiel „Wohlthätige Frauen“ von L'Arconte zum letzten Male wiederholt. Die nächste Aufführung der Gerhart Hauptmann'schen Novität „Kaiser Karls Weisel“ findet am kommenden Donnerstag statt.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die diesjährige Variete-Saison hat am Sonntag ihr Ende gefunden. Die Direktion war bei allen Spielplänen bestrebt nur erste und beste Kräfte heranzuziehen, welche Aufgabe keine leichte ist. Am Mittwoch, 1. April, wird nun das Hansa-Theater von neuem seine Pforten öffnen. Herr Ritscher hat das Berliner Apollo-Ensemble für eine Reihe von Vorstellungen verpflichtet. Man wird sich dieser Künstler-schar vom vorigen Jahre her noch aufs beste erinnern, denn die damals gegebenen Operetten „Venus auf Erden“, „Nystrata“, „Frau Luna“ usw. Mit der prickelnden Musik von Paul Linke und den reizenden Balletteinlagen erzielten einen durchschlagenden Erfolg. Am Mittwoch kommt als erste die Operette „Kadettenstrecke“ zur Ausführung, in welcher nicht weniger als 50 Personen mitwirken werden. Der 3. Akt wird mit einem reizenden Ballett ausgestattet. Der Vorverkauf für diese Vorstellungen ist ebenfalls bei Sager, Kohlmarkt.

Stockelsdorf. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am morgigen Dienstag statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist ein zahlreicher Besuch der Genossen erforderlich.

Rageburg. Durch das furchtbare Bootunglück auf dem Rageburger See ist die Frage, die vor zwei Jahren vor dem Landgericht aufgeworfen wurde, ob der Teil des Rageburger Sees, wo das Unglück passierte, unter preussischer oder unter Mecklenburg-Strelitzer Hoheit steht, brennend geworden. Vor zwei Jahren handelte es sich vor dem Landgericht um eine Übertretung des Fischereigesetzes, deren sich ein Rageburger Bürger schuldig gemacht haben sollte. Er sollte sich dadurch schuldig gemacht haben, daß er auf dem Teil des Sees, wo das Unglück passierte, gefischt hat. Sein Einwand ging nun dahin, daß das in Frage kommende Gewässer zwischen dem Dornhof und der Bäck zu Mecklenburg-Strelitz gehöre und somit das preussische Fischereigesetz nicht für ihn in Frage kommen könne, wie auch ein preussisches Gericht nicht über die Angelegenheit entscheiden könne. Das Gericht beschloß sodann, die Verhandlung zu vertagen und ein Sachverständigenurteil darüber einzubolen, ob das Gewässer preussisch oder mecklenburgisch sei. Die Prüfung der Frage ist noch nicht erledigt und dürfte auch mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein, denn es sind, wie uns versichert wurde, Urkunden zu prüfen, die auf Heinrich den Löwen zurückgehen. Die Entscheidung eilt, denn nach dem Bootunglück hat der Landrat von Lauenburg den Fährbetrieb verboten, wogegen aber energisch Protest erhoben worden ist, mit der Motivierung, daß der Landrat über das in Frage kommende Gewässer nichts zu sagen habe.

Hamburg. Aus dem Oberkriegsgericht. Mehr als Soldat. Im November 1907 verließ der Musiker W. vom Infanterie-Regiment „Bremen“ heimlich die Kaserne. Nachdem er sich einen Zivilanzug verschafft hatte, ging er über Hannover nach Köln, wo er einige Tage verweilte und dann ein Dorf im Rheinland aufsuchte, wo er früher als Gärtner gearbeitet hatte und in dem seine Braut und deren Mutter wohnten. Er erzählte seiner Braut, er sei wegen eines Herzfehlers vom Militär entlassen worden; er lud die beiden Frauen zu einem Spaziergange ein, verließ sie aber unterwegs unter einem Vorwande und suchte ihre Wohnung auf, die er gründlich revidierte. Unter Mitnahme von 283 Mark verduftete er nach Wiesbaden, wo er einige Tage mit Franzisimern in Saal und Braus lebte, bis er vor dem blanken Nichts stand. Dann legte er sich auf das Räuberhandwerk und nahm abends einer Professorsfrau und der Frau eines Obersten Handtaschen mit Geld ab. Er wurde dingfest gemacht, worauf er seinem Truppenteil zugeführt wurde. Da W. vor seinem Diensttritt schon wegen Pferdediebstahls mit 18 Monaten Gefängnis bestraft worden ist, verurteilte das Kriegsgericht ihn zu fünf Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Gegen dieses Urteil legte W. Berufung ein, die aber vom Oberkriegsgericht zurückgewiesen wurde. — **Wesendigung des Ausstandes des Alsterdampferpersonals.** Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Alsterdampfschiffahrts-Gesellschaft und dem ausständigen Personal haben am Sonnabend zu einer Einigung geführt. Das Personal ist nachmittags bereits wieder in Dienst getreten.

Bremen. Verfassungsänderung? Die „Weiser-Zeitung“ teilt mit, daß der Senat auf den Antrag der bürgerlichen Linken, zur Änderung der bremischen Verfassung eine Deputation niederzulegen, eingegangen ist. Daran ersehen wir, wie recht die Linke tat, als sie die Anträge auf „Vermehrung der Hilfskräfte des Senats“ ablehnte. Es steht wohl außer allem Zweifel, daß der Senat in seiner Entscheidung über diesen Gegenstand ganz wesentlich beeinflusst wurde durch die Einmütigkeit, mit der die bürgerliche Linke oben genannten Antrag entgegengrat.

r. Oldenburg. Landtag. In der Donnerstags-Sitzung fanden meist Petitionen und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. Über die Petition der Handwerkskammer betreffend Einschränkung des Tischlereibetriebes in der Strafanstalt Wechta wurde nach kurzer Debatte zur Tagesordnung übergegangen, dagegen die Petition des Landeslehrervereins für das Fürstentum Lübeck betreffend Gleichstellung der Landeslehrer mit ihren Kollegen in der Stadt und den Flecken im Gehalte der Regierung zur Prüfung überwiesen. Es wurde dann eine Kommission gewählt zur Vorbereitung des Baues eines neuen Landtagsgebäudes, bestehend aus drei Personen, und eines Preisrichters. Es wurden in acht Wahlgängen die Abgeordneten Schröder, Tappenberg und Wilken gewählt. Als Preisrichter wurde der Präsident bestimmt. Abgeordneter Hug erzielte 7 Stimmen. Erst im letzten Wahlgang, als der Sozialdemokrat ausscheiden mußte, stimmten die Sozialdemokraten für den liberalen Wilken, um zu verhindern, daß der bigotte münsterländische Feigol gewählt wurde. Das Vergesetz wurde in zweiter Lesung mit einigen kleinen Änderungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Liberaler angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil den angebliehen Rechten der Grundbesitzer zu weit Rechnung getragen wird, indem diesen der Löwenanteil zufällt. Alsdann stand ein selbständiger Antrag des Abg. Zeidler zur Beratung. Derselbe beantragt: den Gemeinden des Fürstentums Lübeck das Recht zu geben, an Stelle des heutigen Mehrheitswahlsystems die Verhältniswahl auf Grund eines Wahlschlusses des Gemeinderats einführen zu können. Der Verwaltungsausschuß empfahl Annahme des Antrages. Nach dem Abg. Zeidler den Antrag begründet hatte, wurde der-

selbe gegen wenige Stimmen angenommen. Ebenso in zweiter Lesung. Hierdurch ist den Gemeinden Gelegenheit gegeben, die im November vorzunehmenden Wahlen bereits nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stattfinden zu lassen. Am Freitag fand dann die letzte Sitzung statt, in welcher nur noch die zweiten Lesungen über die Birkenfelder Steuerreform vorzunehmen waren. Alsdann wurde der Landtag unter den üblichen Formalitäten von dem Staatsminister Willich geschlossen. Der Landtag erledigte in dieser Session, die vom November bis jetzt dauerte, 40 Gesetzentwürfe, 57 sonstige Regierungsvorlagen, 12 selbständige Anträge, eine Interpellation, 145 Petitionen. In der ganzen dreijährigen Periode erledigte der Landtag in 292 Sitzungstagen 109 Gesetzentwürfe, 156 sonstige Regierungsvorlagen, 26 selbständige Anträge, 9 Interpellationen und 382 Petitionen. Diese Zahlen beweisen jedenfalls, daß der 30. Landtag ein ganz gewaltiges Stück Arbeit geleistet hat.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. „Kaiser Karls Weisel“, das neue Schauspiel Gerhart Hauptmanns, ging gestern abend erstmalig in Lübeck in Szene. Der Erfolg, den dieses Werk bei dem nicht allzu zahlreich erschienenen Publikum erzielte, war kein besonders starker. Auch die Aufführung vermochte, trotz guter Einzelheiten, nicht über die Schwächen des Schauspiels hinwegzutäuschen. Wir werden morgen auf die Vorstellung zurückkommen. P. L.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 28. März. Auf dem Pionierübungsplatz auf der Hakenheide sind heute vormittag zwei Pioniere bei dem Bau einer Grube verunglückt worden; beide sind tot. Die Kompagnie beteiligte sich lebhaft an den Rettungsarbeiten.

Berlin, 29. März. Der tollkühne Springer Mr. Gadin, der seit mehreren Wochen im Zirkus Busch einen Sprung von der Dachhöhe auf eine Gleitbahn ausführte, ist heute verunglückt; er fiel mit dem Unterleib auf die Bahn, glitt herunter und erlitt schwere innere Verletzungen.

Stettin, 28. März. Wegen Lohnstreitigkeiten haben gestern die Mieter der Vulkan-, der Oberwerke und der West-Nuske u. Co., etwa 450 Arbeiter, die Arbeit niedergelegt. Von der von dem Seeschiffwerftverband wegen des Schiffbauertreiks bei den Sodalwerken in Kiel beschlossenen, heute in Kraft tretenden Auslieferung werden bei den drei genannten Werften zusammen über 2000 Arbeiter betroffen.

Köln, 28. März. Ein geisteskranker Kaufmann, der festgenommen werden sollte, gab mehrere Revolver-schüsse auf einen Schutzmännchen und tötete sich selbst durch einen Schuß in den Kopf. Der Schutzmännchen blieb unverletzt.

Hamm a. d. Sieg, 28. März. In einer nahegelegenen Pulverfabrik flog gestern der Schraube der hydraulischen Presse auf bis jetzt unaufgeklärte Weise in die Luft. Der Pulvermeister und zwei Arbeiter wurden getötet. An einzelnen Gebäuden der Fabrik wurden die Dächer beschädigt und die Fenster zertrümmert.

Wetz, 28. März. Auf dem Bergsteinwert Gerberville bei Lüneville sind gestern abend 20 Bergleute durch Gesteinsturz verunglückt worden. Sechs Bergleute sind bis jetzt als Leichen geborgen worden.

Christiania, 29. März. Aus Mandal wird ein furchtbares Ereignis gemeldet. Das Barkschiff „Ingelwood“ befand sich auf der Reise von Newyork nach Stockholm und hatte eine volle Ladung Petroleum und Naphtalin. Blöhhich wurde die Stadt durch eine heftige Detonation erschreckt. Flammen schlugen aus dem Schiff empor. Rettungsmaßnahmen gingen nach der Unglücksstelle. Ein Rettungsboot rettete drei Personen. Die übrigen 18 Personen der Mannschaft sind der Gewalt der Explosion zum Opfer gefallen.

Bourges, 28. März. In Charost kam es bei der Musterung zu ersten Zwischenfällen. Die Rekruten fanden sich unter Abführung der Internationalen ein und griffen einen Hauptmann, der sie zum Schmeißen bringen wollte, tätlich an. Auf das im Zusammenhang mit den Winterunruhen strafversetzte 17. Infanterie-Regiment wurden Hochrufe ausgebracht.

Chur, 28. März. In dem Prozeß wegen des Bombenanschlages gegen Arbeitswillige während des Schneidertreiks in Davos im September vorigen Jahres, wobei drei Arbeitswillige verletzt wurden, fällt das Graubündener Kantons-Gericht heute nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil. Der Hauptschuldige, flüchtige Schneider Johann Behringer aus Nierreich, wurde in contumaciam zu 10 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung, der Spengler Otto Döbler aus Bayern wegen Beihilfe zu zwei Jahren 7 Monaten Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt. Ferner erhielten wegen Begünstigung bei der Flucht Behringers 4 bis 16 Wochen Gefängnis; der Maler Johann Maier und der Schreiber Wilhelm Möller aus Breuzen, der Maler Karl Wiedemann aus Württemberg und der Tischler May Jensen aus Dänemark.

Newyork, 28. März. Das heftige Erdbeben, das gestern abend in der Stadt Mexiko eine Panik hervorrief, hat die Stadt Chilapa mit 15 000 Einwohnern vollständig zerstört, die Ruinen stehen in Flammen. Der Verlust der Menschenleben wird sehr hoch angeschlagen, obwohl noch keine sicheren Zahlen vorliegen. Chilapa ist eine Fabrikstadt, hat aber keine Bahnverbindung. Viele Häuser erlitten klaffende Risse. Auch in St. Thomas erregte das Erdbeben große Aufregung.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 28. März.
Weizen, 119—127 Wfd. holl. 190—200 Mk. Roggen 115—123 Wfd. holl. 175—185 Mk. Safer, nach Qualität 140—155 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160—170 per 1000 Kilo.

Schweinefleisch

Der Schweinehandel verliert anfangs etwas besser, flaut jedoch zum Schluß gänzlich wieder ab. Zuführt wurden 1983 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 53—54 Mk., leichte 53—53½, Sauen 47—51 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Wfd. *) Vereinzelt auch 54 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stehling. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Beachten Sie
mein
Schaufenster

Total-Ausverkauf

Preise enorm
billig.

sämtlicher Damen- und Kinder-Hüte

wegen Aufgabe meines Geschäfts.

Garnierte Damen-Hüte	neueste Formen, elegant und voll garniert	sonst	3.50	5.00	6.50	8.00
		jetzt	2.25	3.00	3.50	5.00
Garnierte Frauen-Hüte	elegant garniert, neueste Tocks u. Rundformen	sonst	3.00	4.50	6.00	8.50
		jetzt	1.75	2.75	4.00	5.50

Enorme Auswahl, unerreicht billige Preise.

Kinder-Schulhüte ganz erheblich unter reellen Preisen.

L. Hammerschmidt,

Holstenstrasse 13/15, im Hause des Herrn Johs. Vittur.

Achtung! Mit dem heutigen Tage verlege ich meine **Schuh-Werkstatt** nach meinem Hause **Tünkenhagen 6. F. Laufer, Schuhmacher.**

Dienstag, den 31. März,
abends 8 1/2 Uhr,
**Oeffentliche
Tapezierer-
Versammlung**

Kollegen, die Sturmglocken läuten!
Es gilt eure Rechte zu wahren, daher
fehlt keiner in der Versammlung.
Der Vizepräsident.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 1. April
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:
25. volkstüml. Konzert

(Orchester 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister **Heinrich Abendroth**.
Solist: Herr **Emil Carbach** (Cello).
Zur Ausführung kommen u. a.:
Eine Lustspiel-Ouverture **Hans Huber**.
Fantasie aus „Cavalleria rusticana“ **Mascagni**.
Potpourri aus „Die Fledermaus“ **Strauss**.
Fürstentänzer, Walzer **Bilse**.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.
Vornehmstes und schönstes Etablissement
**lebender, sprechender
u. singend. Photographien**

Diese Woche
**zwei hervorragende
Schlager.**

Die letzte Patrone.

Wunderbare, ergreifende Episoden aus einer
belagerten Festung auf den Philippinen.
**Manöver der italienischen
Gebirgsartillerie.**

Hochinteressante Nahaufnahme.
Die diebische künstlerische Hand.

Originelles Trickbild.
Meine Hose ist geplatzt.

Humoristischer Schlager.
Nehmen Sie die Kiste fort.

Humoristisches Tonbild.
Nur das eine bitt ich dich.

Tonbild aus Bestelstudium.
Um eine Blume.

Dram. Bild aus dem Leben.
Glückstrahl im Opiumrausch.

Interessant
**u. das grosse Programm
sowie täglich Konzert.**

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich das **Kolonial- und Fettwaren-Geschäft** **Georgstrasse 25** übernommen habe. Indem ich verspreche nur gute reelle Ware zu den billigsten Tagespreisen bei prompter Bedienung zu verabsorgen, bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne

Dochachtungsvoll

Fritz Martens.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei **Paul Flemming** finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird. — Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften **ausdrücklich obige Fabrikate** und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei **Engelsgrube 62.**

Eimerbler, frisch: Jeden Dienstag und Freitag,
abends von 6-8 Uhr.

Jack's Musikhaus, Königstrasse 96, ist eine beliebte Firma der Musikwarenbranche Lübecks, seine Spezialität **Familien-Musikinstrumente** auch zu **Hochzeiten** etc. leihweise **billigst.**

„Siegerin“ und „Möhra“

sind die einzigen Margarine-Marken,
welche berufen sind, den Mangel an
Naturbutter

auszugleichen. In jeder Verwendungs-
art gleichen diese beiden

Glitemarken

der Naturbutter, sind aber bedeutend
billiger als diese.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, Altona-Bahrenfeld.



Uhreeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
meister, Königstr. 62, S. d. Huxstraße
Gebe rote Nadelmarken.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Gold-
arbeiter, Günzhauf. 13



**Vereinigte
Butterhändler**
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
fohlet Pfd. **1.35** Mk.

J. Westphal, Bau- u. Schiffs-Klempnerei
Engelswisch 16. — Fernruf 123 L.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Achtung!

**Klempner-
Versammlung**

am Mittwoch, den 1. April
bei Eggers, Stavenstraße 33.
Die Branchenleitung.

Hansa-Theater

Am 1. April 1908:

Gastspiel des hier so beliebten

Berliner

Apollo-Ensembles

mit seinen aufs glänzendste ausgestatteten

Operetten

von Paul Linke, Victor Holländer etc.

Zum 1. Male. Neu für Lübeck!

Radettenstreich.

Gr. Ausstattung-Operette in 3 Akten v. Volten-
Bäckers, Musik v. Victor Holländer.

Mitwirkende: 50 Personen.

In 3. Akt:

Der Blumen Erwachen.

Gr. Ballett, arrangiert von Ballettmeister
G. Ceruti.

Prima ballerina: Signorina Ripamonti
vom Scalatheater Mailand.

Solisten: **Solisten:**

Prerina Eldardy u. Marie Zimmermann.

Preise der Plätze:

Loge 3 Mk., Parquet 2 Mk., Sperrpl.
1.50 Mk., Parkett und Seiten-Parquet
1.25 Mk., Parterre 1 Mk., Seiten-Parterre
80 Pfg., Mittelbalkon 1 Mk., I. Balkon
80 Pfg., II. Balkon 60 Pfg., Galerie 40 Pfg.
Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.

Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: **L. Piorkowski.**

Dienstag, 31. März, 8 Uhr.

192. Abon. Vorst. 27. Dienstag-Abon.

Zum letzten Male.

Wohltätige Frauen.

Auffspiel in 4 Akten von Arronge.

Mittwoch: **Keine Vorstellung.**

Donnerstag: **Kaiser Karls Geisel.**

Kede Bebels über die Ausweisungsschmach und die Schande des Dreiklassenwahlrechts.

In der Sitzung des Reichstags vom 24. März 1908, in der über die äußere und innere Politik des Reiches verhandelt wurde, hielt Genosse Bebel eine ausgezeichnete Rede, die wir nach dem amtlichen Stenogramm im Auszuge wiedergeben.

Bebel: In der Hauptsache bin ich von den Auslassungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs über die auswärtige Politik befriedigt. Besonders begrüße ich, was die beiden Herren in bezug auf die Haltung Deutschlands gegenüber Marokko, dem Balkan und unsere Stellung gegenüber Persien ausgeführt haben. Der Herr Reichskanzler ist im Laufe seiner Ausführungen auf den Brief des Kaisers an den Lord Tweedmouth zu sprechen gekommen. Wenn, wie er sich äußerte, dieser Brief von jedem von uns unterschrieben werden könnte, wenn das richtig ist — und ich bezweifle es nicht im geringsten — dann wundere ich mich im höchsten Grade, warum der Briefschreiber selbst keine Veranlassung genommen hat, sobald die Angriffe auf seinen Brief dazu benutzt wurden, gegen Deutschland Stimmung zu machen, dessen Veröffentlichung zu veranlassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vor allem hätte die „Nordd. Allg. Ztg.“, das offizielle Organ der Regierung, nicht eine Reihe von Tagen hingehen lassen sollen, ohne überhaupt eine Äußerung zu machen. (Sehr richtig!) Das hat in weiten Kreisen den Glauben erweckt, daß die denunziatorischen Angriffe der „Times“ mehr oder minder berechtigt wären. Es läge doch im Interesse der regierenden Männer selbst, daß, sobald sie entdecken, daß nach irgend einer Richtung ihren Absichten falsche Unterstellungen gemacht werden, sie Richtigstellungen veranlassen. Das läge aber auch ganz besonders im Interesse des Volkes. — Die Vergehungen betreffen aber nicht bloß einen Teil der englischen, sondern auch einen Teil der deutschen Presse. Besonders die **Flotteninteressentenpresse macht sorglos gegen England scharf und sucht nachzuweisen, daß wir eines Tages mit England in Krieg kommen müßten, und daß deshalb unsere Flotte in höherem Maße als bisher ausgebaut werden müsse.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß man jenseits des Kanals diese Auffassung zu teilen anfängt, darf uns nicht wundern. Dabei möchte ich einer von mir schon lange gehegten Ansicht Ausdruck geben, von der ich verwundert bin, daß sie nicht auch bei uns in den regierenden Kreisen zum Durchbruch gekommen ist. Zu unserer allgemeinen Überraschung haben wir erlebt, wie die sehr scharfen Interessengegensätze zwischen Frankreich und England und ebenso, wie die noch schärferen Gegensätze zwischen England und Rußland, durch Verträge ausgeglichen worden sind. Wenn diese Gegensätze, die weit schärfer waren, als sie zwischen England und Deutschland bestehen können, überbrückt worden sind, so muß es im höchsten Grade verwunderlich erscheinen, daß keine Verständigung zwischen Deutschland und England möglich sein soll. Ich kann mir das nicht anders erklären, als daß zwischen den Leitern beider Staaten Stimmungen existieren, die die Abschließung eines solchen Vertrages unmöglich machen. Mit lebhafter Genugtuung werde ich es begrüßen, wenn es gelingt, die vier Großstaaten und die fünf Kleinststaaten, die um die Nord- und Ostsee gelagert sind, dahin zu einigen, daß der Status quo in der Nord- und Ostsee aufrecht erhalten wird. Es wäre dies insofern etwas sehr Erfreuliches für uns, weil damit ein wesentlicher Grund für weitere „Flotten- und Militärausrüstungen wegfiel.“ (Sehr richtig! bei den Soz.) Gelingt es, unter angrenzenden Meeresstaaten solche Verträge zustande zu bringen, so sehe ich nicht ein, warum Ähnliches nicht auch möglich sein soll in bezug auf die Grenzverhältnisse auf dem Lande; denn dann wäre kein Grund mehr vorhanden, daß die Staaten aufeinander los schlagen könnten und Eroberungen zu machen hätten. Wenn der Herr Staatssekretär in Aussicht gestellt hat, daß dem Reichstage in Kürze ein Weißbuch zugehen soll über Marokko, so möchte ich bitten, dieses Weißbuch etwas

vollständiger zu machen, als jenes war, das von seinen Vorgängern veröffentlicht worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Weißbuch, das die französische Regierung ihrer Kammer vorlegte, enthielt damals ungefähr fünfmal so viel als das unsrige. Das ist entschieden eine Zurücksetzung des Deutschen Reichstages. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Ich komme nunmehr zu der von meiner Fraktion eingebrachten

Resolution:

Den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Ausweisungen von Ausländern aus einem deutschen Bundesstaate nur auf Grund eines richterlichen Urteils zulässig sind, das auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften über die Zulässigkeit von Ausweisungen ergangen ist. — Die Konservativen und National-liberalen haben bereits ihre ablehnende Stellung begründet. Wir sehen in dem Antrag nichts weiter als eine Folge eines einstimmig gefaßten Beschlusses, den die deutsche Kriminalistenvereinigung, eine hochangesehene Vereinigung, die in dieser Frage als besonders kompetent angesehen werden muß, 1906 angenommen hat. Bei der heute bestehenden Polizeivollmacht hinsichtlich der Ausweisungen sollte jeder Mann, der auf dem Standpunkt steht, daß der Staat alle seine Handlungen nur vom Standpunkt des Rechts auszuführen soll, dafür eintreten, daß einem solchen Antrage Folge gegeben wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich mache darauf aufmerksam, daß im Januar 1906 der Reichstag eine Resolution annahm, welche forderte, daß die Auslieferungsverträge der Einzelstaaten — zwischen Preußen und Rußland und Bayern und Rußland — gekündigt und durch solche des Reiches ersetzt würden. Jene Verträge waren zustande gekommen, indem Fürst Bismarck, da er beim Reichstage nicht zu seinem Ziel gelangen konnte, sich an das preussische Dreiklassenparlament wandte, das den Vertrag genehmigte. Der Reichstag war jedenfalls in früheren Perioden der Meinung, daß er auf diesem Gebiete sehr ernst und entschieden mitzuwirken habe. Ich erinnere nur an den Protest Windhorsts gegen die Massenausweisungen der russischen und österreichischen Polen, die 1886 unter dem Fürsten Bismarck stattfanden. — Nun erfolgen ja bekanntermaßen

die Ausweisungen

unter dem Vorzeichen, der Betreffende, der ausgewiesen wird, habe sich lästig gemacht. Der Begriff „lästig machen“ ist nun jedenfalls sehr dehnbar, so daß jeder Polizeibeamte, der aus irgend einem Grunde einen Ausländer gerne außer Reichsgebiet hinauszubringen möchte, die Möglichkeit besitzt, ihn aus dem Reichsgebiet hinauszubringen. Welche sehr schiefe Wirkung diese Ausweisungsmethode häufig im Gefolge hat, beweist eine Verordnung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, als er noch Minister des Innern in Preußen war, in der er sich gegen die geliebte Polizeipraxis wandte. Es ist offenbar — das zeigt dieser Erlaß ebenfalls — daß in vielen Fällen es sich um Ausweisungen handelt, die nicht etwa von den betreffenden auswärtigen Regierungen, sondern von der preussischen Polizei aus eigenem Antrieb veranlaßt worden sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie weit aber die Polizei geht, um Ausländern, die politisch unangenehm sind, im Inlande das Leben sauer zu machen, davon hat meine Partei im Herbst vorigen Jahres ein besonderes Beispiel erlebt. Wir hatten bekanntermaßen die Gründung einer Partei-schule geplant; an dieser Partei-schule sollten zwei Ausländer, ein Dr. med. Helfferding aus Wien und ein Professor Dr. Pannetier, dozieren, über durchaus abstrakte wissenschaftliche Themata, wie Nationalökonomie, Soziologie, materialistische Geschichtsauffassung usw. Sobald bekannt wurde, daß diese beiden Männer an der Partei-schule angestellt wurden, wurde ihnen von der hiesigen Polizei mitgeteilt, daß sie, wenn sie sich unterständen, dort Vorträge zu halten, sofort ausgewiesen werden würden. (Sehr. Zurufe, hört, hört! b. d. Soz.)

Nun hat ja die preussische Verfassung einen sehr schönen Artikel, der lautet: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. (Lachen b. d. Soz.) Daß dieser Artikel nur eine Phrase ist, wissen wir. Dies hat schon der Fall Kronz gezeigt, der als Physiker — ich betone als Physiker! — an der hiesigen Universität lehren wollte, dem dies aber ver-

boten wurde, weil er Sozialdemokrat ist. Das ist die Freiheit der Wissenschaft im Kulturstaate Preußen. Daß der preussische Staat ein mittelalterlicher Kulturstaat sei, das ist eine der größten Lügen, die jemals ausgesprochen sind. (Sehr. Sehr richtig! b. d. Soz., Widerspruch rechts.) — Nun haben die betreffenden zwei Personen, denen unter so eigentümlichen Umständen die Ausweisung angedroht war, Beschwerde bei ihren Regierungen erhoben, und ich habe zu konstatieren, daß sie die Auffassung ihrer Regierungen auf ihrer Seite hatten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Denn diese gingen auf die Beschwerde ein und erhoben hier beim auswärtigen Amt Beschwerde. Das zeigt deutlich, daß man im Auslande seine eigenen Gedanken hat über die Ausweisungsmethode, die Preußen-Deutschland befolgt; denn bei allen diesen Vorgängen handelt es sich ja immer nur um Vorformalisse in Preußen, — ein Beweis, daß Preußen die Internationation aller Nationen in Deutschland ist (Bravo! b. d. Soz., Lachen rechts), daß Preußen das Unglück Deutschlands ist. (Sehr. Sehr richtig! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Ohne Preußen wäre Deutschland wohl der vorgeschrittenste Staat der Welt. (Sehr. Sehr wahr! b. d. Soz., große Unruhe.) Es ist sehr merkwürdig, daß es in dem preussischen Ministerialerlaß vom 31. Dezember 1907 heißt: Betr. die Zulassung ausländischer Arbeiter zur Arbeit in der Landwirtschaft und gewerblichen Betrieben in Deutschland. Seit wann hat ein einzelner Staat das Recht, Verfügungen über ganz Deutschland zu erlassen? (Hört, hört! und Zuruf b. d. Soz.: Schon lange!) Mir ist das neu! Jedenfalls ist es in den bestehenden gesetzlichen Verhältnissen nicht begründet. Der Staatsrechtslehrer Laband hält jedenfalls daran fest, daß der einzelne Staat nur innerhalb seiner Landesgrenze, nicht, wie es jetzt geschieht, aus ganz Deutschland die Ausweisung verfügen kann. Die zitierte Verfügung aber nimmt das Ausweisungsrecht aus ganz Deutschland in Anspruch. Ich habe hier eine Verfügung des Ministerial Landrats, wovon er seit 19 Jahren in Deutschland beschäftigt ist (Hört, hört! b. d. Soz.) russischer Staatsangehöriger aus dem Gebiet des Deutschen Reiches ausgewiesen wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Ausweisung eines Mannes, der sich nichts hat zuschulden kommen lassen, ist

ein skandalöser Vorgang.

(Vizepräsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung. — Bravo! rechts.) Es ist und bleibt ein starkes Stück, daß ein Arbeiter, der nie ein Vergehen begangen, nicht eine einzige Strafe auferlegt bekommen hat, nach einem 19jährigen Aufenthalt unwillkürlich aus Deutschland ausgewiesen wird. (Zurufe b. d. Natl.) Sie reden soviel von der Ehre Deutschlands, lassen dieselbe aber, wo sie wirklich in Frage kommt, mit Füßen treten. (Zuruf b. d. Soz.: Das sind ja nur Arbeiter! Wenn es Bourgeois wären, wäre es etwas anderes!) Selbst die dritte Duma wird alsbald die Handhabung der Ausweisungen in Preußen zum Gegenstand ihrer Erörterungen machen. (Zuruf links.) Natürlich die russische Duma, oder denken Sie etwa, die preussische Duma. (Große Heiterkeit.) In der österreichisch-ungarischen Delegation ist bereits die preussische Ausweisungspraxis zur Sprache gebracht worden, ist die Polenpolitik Preußens und insbesondere auch der von mir gekennzeichnete Erlaß des preussischen Ministers des Innern Gegenstand der Verhandlungen und heftiger Angriffe gewesen. Ganz besonders meine Parteigenossen richteten dort ihre schärfste Opposition gegen das durchaus unfreundliche, arbeiterfeindliche Benehmen, das die preussisch-deutsche Regierung sich gegen die österreichisch-ungarischen Arbeiter erlaubt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Selbst der sogenannte deutsch-nationale Arbeiterkongreß vom vorigen Herbst hat sich über die Ausweisung eines italienischen Sekretärs der christlichen Gewerkschaften beschwert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Frage wird uns beim § 7 des Vereinsgesetzes noch beschäftigen. Bei der Masseneinfuhr ausländischer Arbeiter in die Industriebezirke, besonders Rheinlands-Westfalens, engagieren die Gewerkschaften aller Richtungen führende Elemente aus den fremden Nationen und stellen sie als Arbeitersekretäre an. Vor ein paar Jahren wurde der italienische Sekretär der freien Gewerkschaften aus allen Staaten Deutschland ausgewiesen, und jetzt nimmt man bereits die Vertreter der christlichen Arbeiter am Schopf und jagt sie außer Landes,

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(19. Fortsetzung.)

„Bist er noch?“ fragte Orso mit großer Besorgnis.

„Oh! er wird sich hüten, die Kugel, die Ihr ihm gerade ins Auge hineingeschafft habt, hat's ihm angetan. Beim Blute der Madonna, ist das ein Loch! Treffliches Gewehr das, bei meiner Treu! Welch ein Kaliber! Das schlägt auch gleich das ganze Hirn zu Brei. Hört, Orso Anton, als ich zuerst piff! piff! hörte, da habe ich zu mir selbst gesagt: Heiliges Donnerwetter! da blasen sie meinem Leutnant das Gehirn aus.“ Als ich dann aber puff! puff! hörte, „Ah!“ sagte ich da: „das ist die englische Flinte, die mit drein prickt; sie legt den Krumpf drauf und behält's letzte Wort.“ Aber, Brusco, was hast du, was soll's denn noch geben?“

Der Hund lief ihm voran an die andere Mauer. „Bei allen Heiligen!“ rief Brandolaccio ganz verdutzt aus, ein Doppeltreffer! Weiter nichts! Alle Wetter! Da sieht man, daß das Pulver teurer wird, denn Ihr seid sparsam damit zu Werke gegangen.“

„Um des Himmels Willen, was gibt's denn?“ fragte Orso.

„Geh, Herr Leutnant! treibt keine Possen mit uns und spielt nicht länger den Erstaunten. Ihr habt das Wild nur so herunter geschossen, und nun sollen wir's für Euch zusammen fuchen. Ich weiß einen, der heut ein wunderliches Gericht zu kosten kriegt! Das ist der Advokat Barriani. Frisch geschlachtetes, wenn dich darnach gelüstet, da! Wer zum Teufel wird nun erben?“

„Wie! Vincentello auch tot?“

„Maufetot! Uns anderen aber erhalte Gott in guter Gesundheit! Ihr habt wohl daran getan, sie nicht so lange zappeln zu lassen. Kommt doch! den Vincentello zu sehen; er liegt noch auf den Knien mit dem Kopfe gegen die Mauer gestützt. Er sieht aus, als ob er schlief. Das wäre

Salute a noi. Ein Ausruf, mit dem die Korien das Wort „Tot“ gleichsam als mildernenden Gegensatz zu dessen Drecken zu begleiten pflegen.

so ein Fall, wo es mit Recht hieße: „Ein bleierner Schlag!“ Der arme Teufel!“

Orso wandte voller Entsetzen sein Gesicht weg.

„Bist du auch sicher, daß er tot ist?“

„Ihr macht's wie Sampiero Corso, der auch immer alles auf einen Schlag abtat. Seht Ihr, da ... gerade links in die Brust hinein. Gerade so, wie's Miniccone bei Waterloo erwischt. Ich will wetten, die Kugel steckt ihm nicht weit vom Herzen. Doppeltreffer! ... Da! ich will nichts mehr mit Schließen zu tun haben. Zwei auf einen Schlag? ... Eine Kugel! ... Beide Brüder! ... Noch ein dritter Schuß, und der wäre für den Papa gewesen. ... Ein anderes Mal: wird's wohl besser gelingen. ... Welch ein Treffer, Orso Anton! ... Und, daß so etwas einem braven Burtschen, wie Unferreinem, nie passiert. Wenn's uns auch einmal gelingen wollte mit einem Doppeltreffer unter die Gendarmen zu feuern!“

Unter solchen Reden untersuchte der Bandit Orsos Arm, nachdem er mit dem Stilet den Ärmel aufgeschlitzt hatte.

„Das ist nichts“, sagte er. „Nur der Ruck da, wird Fräulein Colomba was zu tun geben. ... Da! was ist das, was sehe ich da? Dieser Druckfleck hier auf der Brust! ... Ist da nichts Hineingedrungen? Nein, sonst wärt Ihr nicht so wohlgenut. Laßt uns sehen, versucht einmal die Finger zu bewegen. ... Fühlt Ihr was von meinen Zähnen, wenn ich Euch in den kleinen Finger beiße? ... Nicht viel? ... Nun, das ist gut, das hat nichts zu bedeuten. Laßt mich Euer Taschentuch und Euer Kramatke nehmen. ... Da, Euer überrock ist hin. ... Was zum Teufel habt Ihr Euch so gepunkt? Als ob's zur Hochzeit gehen sollte? ... Da, nekt Euch mal die Lippen mit einem Tropfen Wein. ... Warum habt Ihr auch Euer Kürbisschale nicht mitgenommen? Wie kann ein Kerle sich ohne seine Flasche auf den Weg machen?“

Auf das eifrigste mit dem Verbände beschäftigt, unterbrach er sich dann plötzlich immer wieder mit dem Ausruf: „Doppeltreffer! Alle beide maufetot! ... Das wird dem Barrer was zu lachen geben. ... Doppeltreffer! Da! Chilina, da kommt sie endlich herangerochen, die kleine saug-same Schilddrüse.“

Orso sagte nichts; er war blaß wie der Tod und zitterte an allen Gliedern.

„Gib!“, rief Brandolaccio, „geh, sieh einmal hinter die Mauer da. Nun, was sagst du?“ Das Kind kletterte mit Händen und Füßen an der Mauer hinauf, und als es den Leichnam Orlanduccios erblickte, machte es das Zeichen des Kreuzes.

„Das ist noch lange nicht alles“, fuhr der Bandit fort: „geh, sie einmal, was es da unten gibt.“

Das Kind wiederholte das Zeichen des Kreuzes.

„Wart Ihr's Onkel?“ fragte es schüchtern.

„Ach! bin ich nicht schon zu alt geworden, daß ich zu nichts mehr tauge? Nein, Chitina! Das ist das Werk dieses Herrn hier. Geh, mach' ihm dein Kompliment.“

„Das Fräulein Colomba wird große Freude darüber haben“, sagte Chilina, „und sie wird auch sehr betrübt sein, daß Ihr verwundet seid, Orso Anton.“

„Kommt, Orso Anton“, sagte der Bandit, als er mit dem Verbände fertig war; „sieh Chilina hat Euer Pferd erwischt und bringt's heran. Sieht auf und kommt mit mir in den Wald von Staggona. Wer Euch da finden wollte, der müßte eine seltene Spürnase haben. Wir werden unser möglichstes tun, daß es Euch bei uns an nichts fehlen soll. Wenn wir beim Heiligen Christkreuz angekommen sind, müßt Ihr absteigen. Euer Pferd überlaßt Ihr dann der kleinen Chilina, die es zurückführt und Fräulein Colomba Nachrichten bringt. Unterwegs gebt dem Kinde Eueren Aufträge, Ihr könnt der Kleinen alles sagen, Orso Anton; sie läßt sich eher in Stücke hauen, als daß sie ihre Freunde verrät.“ Mit zärtlichem Tone wandte er sich darauf an das Kind: „Geh, du kleine Heze, sei verflucht, sei verdamm, du Spitzbubin!“ Brandolaccio war wie viele Banditen abergläubisch und fürchtete, dem Kinde, wenn er es mit Segnungen und Lobsprüchen entließ, einen bösen Zauber anzuhängen, denn es ist bekannt, daß die geheimnisvollen Mächte, welche über der „Annochiatura“ wachen, die böse Gewohnheit haben, grade das Gegenteil von unseren Wünschen zu bewirken.

*) Annochiatura heißt die Verzauberung, welche unwillkürlich durch einen Blick oder durch ein Wort ausgeübt wird.

damit unsere deutschen Arbeiter jedes Mittel der Verbindung mit den fremdsprachlichen Arbeitern verlieren. (Hört, hört! links.) Es ist eine famose Politik, die Sie, meine Herren, freilich mit Ihrem § 7 im Vereinsgesetz zu treiben gedenken. Die preussische Polizei nimmt bei ihren Ausweisungen noch ganz besonders agrarische Interessen wahr. Der in einer Berliner Goldschmied- und Rahmenfabrik beschäftigte russische Pole Menkovic wurde ausgewiesen, weil er in einem gewerblichen Vertriebe nicht als Ausländer beschäftigt werden dürfe. Hinzugefügt wurde: „Wenn Sie nachweisen, daß Sie in einem ländlichen Betriebe tätig sind, dann ist es etwas anderes.“ (Leb, hört, hört! bei den Sozialdem.) Es ist wieder unter Mitternacht Preußen, der auf diese Weise agrarische Politik treibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) — Im vorigen Frühling wurde hier eine

die russischen Verhältnisse

veranstaltet; ohne weiteres wurde eine große Anzahl Studierender ausgewiesen, obgleich man ihnen nichts Ungefährliches nachweisen konnte. Der russische Staat nimmt alle solche Liebesdienste wie eine selbstverständliche Pflicht hin. Vor zwei Tagen hat der Abg. Wassermann darauf hingewiesen, wie wenig Anerkennung Rußland für das deutsche Entgegenkommen während des russisch-japanischen Krieges bewiesen. (Sehr richtig! bei den Nrl.) Wenn einer hier im Saale ein infernalischer Feind des offiziellen Rußlands ist, dann bin ichs, und doch imponiert mir die russische Regierung, die nicht einmal „Danke“ für die deutschen Liebeswürdigkeiten sagt, und nicht um eines Paars Breite ihre Politik gegen Deutschland ändert. Die russische Politik bleibt nach wie vor deutsch feindlich. (Hört, hört! v. d. Soz.) Die Königshütter Polizei hat auf eigene Faust versucht, den Polen Jagzweiser, der sich nichts anderes hatte zuschulden kommen lassen, als die mit sechs Mark Strafe gebügte Nichtanmeldung in einem preussischen Ort, an Rußland auszuliefern. (Leb, Ruß v. d. Soz.: Hört, hört!) In dem Prozeß gegen den Vorwärts-Redakteur Weber wegen angeblicher Verleumdung der Königshütter Polizei wurde festgestellt, daß russische Polizeibeamte im Gefängnis gewesen waren, um sich den J. anzusehen. Der Polizeirat Mäbler, der Oberführer der gesamten Polizei in dem Bezirk Jura v. d. Soz.: Oberwizel!) meinetwegen Oberwizel — berichtete: Gestern war der russische Polizeiwachtmeister da. Für den Fall der Haftentlassung wird auf vollzogene Zuführung gebeten! (Hört, hört! b. d. Soz.) Also ein russischer Polizeibeamter kommt zu einem preussischen Polizeibeamten und ersucht ihn um Zuführung eines in Preußen mit 6 Mark bestraften Mannes, damit er nach Rußland ausgeliefert werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Staatsanwaltschaft in Königshütte ließ an Mäbler die Nachricht ergehen, der Auslieferung des J. an Rußland stehe kein Bedenken entgegen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Glücklicherweise unterblieb auf Intervention des Verteidigers des J., den wir dem Manne gestellt hatten, die Auslieferung. Es wurde dem J. aber verboten, nach der 90 Kilometer entfernten österreichischen Grenze zu reisen. Er wurde vielmehr gezwungen, nach der Schweiz zu gehen. Offenbar hatte die Polizei gerechnet: für 30 Kilometer hat J. das Geld, aber für 1200 Kilometer hat er nicht das Geld und dann können wir ihn nach Rußland abschicken. Wir haben aber der Polizei einen Strich durch die Rechnung gemacht und dem J. das Reisegeld nach der Schweiz gegeben. Aber was ist das für ein Kulturstaat, in dem derartige Dinge vorkommen können. (Jura v. d. Soz.: Der russische Rubel!) Natürlich, bei der russischen und preussischen Polizei heißt es: Keine Last, keine Last! Interessant ist auch der Prozeß gegen Trofimow und Strelzow. Sie haben mit ihren Landsleuten Zulammenkünfte veranstaltet, in denen sie politische Angelegenheiten besprachen. Hätten sie dieselben angezeigt, wären sie sofort benunziert und aus dem Lande hinausgeworfen worden. (Sehr richtig! links.) Bei den traurigen Polizeiverhältnissen in Preußen müssen die Ausländer ihre Zulammenkünfte vor den Augen der Polizei zu verbergen suchen. Wir selbst haben es unter dem Sozialistengesetz genau so gemacht und wenn die Nationalliberalen unter einem Ausnahmengesetz stünden, so würden sie es ebenso machen, vorausgesetzt, daß sie noch Mannesmut hätten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Strelzow

„Wohin soll ich denn gebracht werden, Brando?“ fragte Orso mit matter Stimme.

„Alle Wetter! darüber habt Ihr selbst zu bestimmen. Es bleibt Euch nur die Wahl zwischen dem Gefängnis und dem Walde. Aber ein della Rebbia kennt den Weg zum Gefängnis nicht. Fort also zum Walde, Orso Anton!“
„Dann Adieu allen meinen Hoffnungen!“ ertönte es schmerzlich von den Lippen des Verurteilten.
„Euren Hoffnungen? In des Teufels Namen! dachtet Ihr mit einer doppelläufigen Flinte noch mehr auszurichten? . . . Aber, wie zum Henker! war's nur möglich, daß sie Euch treffen konnten? Die Wunden müssen ja ein zäheres Leben gehabt haben als die Knochen.“

„Sie haben zuerst geschossen.“ sagte Orso.
„Ja, so, das hatte ich vergessen . . . Piff! piff! Bumm! bumm! . . . Doppeltreffer mit einer Hand!“
„Wenn einer noch besser macht, dann will ich mich hängen lassen! So, da seid Ihr nun im Sattel. . . ehe wir abziehen, besetzt Euch noch einmal Euer Bett. Es wäre nicht höflich, so ohne Abschiedsgruß die Gesellschaft zu verlassen.“

Orso gab seinem Bierde die Sporen; für nichts in der Welt hätte er die Unglücklichen sehen mögen, die durch ihn ihren Tod gefunden hatten.
„Wartet, Orso Anton!“ sagte der Bandit und griff dem Pferde in die Zügel, „soll ich Euch einmal gerade heraus die Wahrheit sagen? . . . Seht! Ich kann nicht anders. Ohne Euch zu nahe treten zu wollen, aber es tut mir leid um diese beiden jungen Kerle. Ich bitte Euch nochmals, nehmt's nicht für ungar. . . So schon! . . . so kräftig! . . . und so jung! . . . Orlandouccio, mit dem ich so oft auf die Jagd ging. . . es sind jetzt vierzehn Tage, da gab er mir noch ein Päckchen Jagarren. . . Vincentello, der immer so lustig war. . . Wahr ist's, Ihr tattet nur, was Ihr tun müßtet, . . . und dazu wars ein viel zu herrlicher Schuß, als daß man ihn ungeschehen wünschen könnte. . . Aber ich, ich hatte mit Eurer Rache nichts zu schaffen. . . Ich weiß, daß Ihr im Recht seid; wer einen Feind hat, muß ihn sich vom Halse schaffen. . . Aber die Barricani waren ein altes Geschlecht. . . das ist nur wieder eins, das aus der Welt verschwindet! . . . Und durch einen Doppeltreffer! Das ist das merkwürdigste bei der Sache.“

Während Brandolaccio in dieser Art den Barricani eine Leichenrede hielt, führte er Orso und Chitina, samt Brusca, dem Hunde, eilig fort nach dem Walde von Staziona.

(Fortsetzung folgt.)

„Sollte irgend ein ungläubiger Jäger den Doppeltreffer des Herrn della Rebbia bezweifeln, so könnte er nur nach Sarnene gehen und sich erzählen lassen, wie einer der angesehensten und liebenswürdigsten Einwohner dieser Stadt sich im durchschossenen linken Arm aus einer mindestens eben so gefährlichen Lage befreite.“

wurde als ein besonders gefährliches Indolotium charakterisiert, weil er für die „Sozialistischen Monatshefte“ geschrieben habe. (Weiterkeit.) Auf die Frage, was man unter dem sich tächtig machen verstehe, erklärte der Herr Polizeikommissar v. Arnim: „Wir entscheiden ganz allein, ob sich jemand tächtig gemacht hat oder nicht.“ In dem Prozeß war Universitätsrichter Geheimrat Daube Zeuge und erklärte, daß die russischen Studenten der Berliner Universität ihren Papieren ein Zeugnis über ihr politisches Verhalten in Rußland beifügen müssen. Auf die weitere Frage, ob er nicht die russischen Studenten verwarnen müsse, die russischen Verhältnisse zu besuchen, verweigerte er die Antwort und sagte nur, daß darüber Anweisungen des Ministers des Innern vorlägen, über die er nicht sprechen könne. (Hört, hört! bei den Soz.) So und in ähnlicher Weise ist die Sache verlaufen. Das Interessante dabei aber ist: es wurde in dem Prozeß festgestellt, daß in nicht weniger als drei Fällen von der preussischen Polizei der Versuch gemacht worden war, russische Studenten zu Spionen der Polizei zu machen, indem man ihnen Geldversprechungen machte (Hört, hört! b. d. Soz.), und unter den Dreten war Trofimow selbst. (Hört, hört!) Wir wissen, daß die preussische Polizei nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande, überall ihre Hände hat. So hat der Schweizer Bundesrat den deutschen Polizeipolizeiführer Karl Gruber ausgewiesen im letzten Sommer. Das sind dieselben Vorgänge heute wie vor 20 Jahren, als mein Freund Singer und ich in diesem Hause nachwies, daß damals die Moskische „Freiheit“ von preussischem Polizeigeld in der Schweiz gedruckt wurde. (Hört, hört!) Ich will da nur noch an den Fall Schöne und v. Brockhausen erinnern, wo ich den Nachweis führte, daß diese Herren dem durch die angeordnete Ausweisung in Angst gesetzten russischen Kaufmann sagten: Wenn Sie bereit sind, uns Dienste zu leisten, können Sie nicht nur bei uns bleiben, wir werden Ihnen sogar eine lukrative Stellung verschaffen. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese lukrative Stellung bestand darin, daß man ihn als Landesverräter gegen sein eigenes Heimatland Rußland anwerben wollte. (Hört, hört! bei den Soz.)

Da der russische Kaufmann Jude war, so stellte ihm die Berliner Polizei einen falschen Paß aus auf den deutschen Namen Lieder und weiter wurde ihm ein Zeugnis ausgestellt, daß er, der Jude, Christ sei (Hört, hört! bei den Soz. und Weiterkeit), damit ihm wegen seiner Religion kein Hindernis in Rußland bereitet werden könnte. (Wachen rechts.) Trotzdem dieses Vorgehen der Polizei gegen eine ganze Reihe von Strafparagrafen verstößt, ist bis heute nicht das geringste in dieser Angelegenheit geschehen. Ja, der ehemalige Justizminister v. Schönstedt hat recht, als er hier sagte: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vorgänge veranlaßten im Sept. 1906 den deutschen Kriminaltag, die Frage, ob ein Ausweisungsgesetz für das Deutsche Reich erlassen werden sollte, auf seine Tagesordnung zu setzen. Die Frage wurde einstimmig bejaht. Wir haben geglaubt, wenn wir auf eine so hohe Autorität uns stützen könnten, würde wohl auch der deutsche Reichstag sich dazu bequemen, in ähnlichem Sinne eine Resolution anzunehmen. Ob wir uns darin getäuscht haben, wollen wir abwarten. Wie man im Auslande die Frage der Ausweisung ansieht, namentlich in England, dafür möchte ich eine Äußerung des Lord Granville vortragen: Kraft der bestehenden Gesetze Großbritanniens haben alle Ausländer das unumkehrbare Recht, sich bei uns aufzuhalten. Sie leben in gleichem Maße, wie die britischen Untertanen unter dem Schutze des Gesetzes. Sie können nicht anders bestraft werden als für einen Verstoß gegen das Gesetz und kraft des Urteilspruchs der ordentlichen Gerichte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das sind die Grundsätze, von denen England ausgeht, und die den Ruf Englands als eines freien Staates und als eines Kulturstaates in der ganzen Welt befestigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daran nehme sich Deutschland ein Beispiel! — Ich möchte zu diesem Thema noch eine kurze Bemerkung machen. Beim Postetat hatte mein Freund Singer die Behauptung aufgestellt, daß das Postgeheimnis in Deutschland nicht gewahrt sei, und er führte dafür einige Beispiele an. Wie es mit dem Postgeheimnis in Deutschland gehalten wird, geht aus dem Urteil im Prozeß Trofimow hervor, in dessen Begründung folgende Stellen enthalten sind: Die Berliner Kriminalpolizei überzeugte sich alsbald, daß diese ihr ausgegangenen Nachrichten begründet seien, denn sie fing wiederholt Briefe auf, in denen die Berliner Gruppe über ihre Tätigkeit an das Zentralbureau Bericht erstattete. Aber daß dies tatsächlich in Preußen-Deutschland geschieht, das wissen wir auch aus eigener Erfahrung. (Zurufe von den Nationalliberalen.) Sie glauben es nicht, auch wenn die Beweise noch so erdrückend sind. Hier ist also ein eklatanter Beweis, und ich empfehle das besonders der Beachtung des Herrn Kraetzke, daß das Briefgeheimnis bei der Post in keiner Weise sichergestellt ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

(Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 28. März 1908.

133. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg.

Die dritte Sitzung wird fortgesetzt beim Etat für das Reichsamt des Innern. Dazu liegt eine Resolution Trendt (Rp.) auf Erhöhung und Vereinfachung der Bezüge der Bureaubeamten der dem Reichsamt des Innern untergebenen Ämter und der Reichsdruckerei vor.

Singer (Soz.): Nur infolge eines bedauerlichen Zufalls ist unsere Unterschrift unter der Resolution weggeblieben. Ich habe gerade in der Budgetkommission eine Erklärung der verbündeten Regierung zugunsten der in dieser Resolution gestellten Forderungen hervorgehoben. Wenn die Gehälter nicht erhöht werden, so läuft besonders das Patentamt Gefahr, keine tüchtigen Beamten mehr zu bekommen. Und das könnte auch für die Industrie von schwerem Schaden sein. Ich bitte daher um sorgfältige Erwägung besonders dieser Frage.

Graf Carmer (K.) hält die Erweiterung der Sonntagsruhe in offenen Handelsgeschäften für kleinere Städte für unangebracht.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Großstädte, Mittelstädte und plattes Land können nicht über einen Kamm geschoren werden (Sehr richtig! rechts), aber es ist wünschenswert, daß möglichst vielen Menschen ein freier Tag in der Woche verschafft wird, und das Publikum wird sich auch an die allmähliche Ausdehnung der Sonntagsruhe gewöhnen.

Becker-Arnberg protestiert dagegen, daß der Abg. von Gamp das Zentrum für ein neues Jagdhausgesetz in Anspruch genommen habe. Der § 153 der Gewerbeordnung, der eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter darstellt, muß beseitigt werden; sollte das nicht geschehen, so muß gegen jeden Terrorismus, ob er von Unternehmern oder Arbeitern ausgeht, eingeschritten werden. Wir erheben Protest

gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und verlangen vielmehr eine Ausdehnung der Krankenkassenversicherungspflicht. (Bravo! im Zentrum) Früher war man zu weitherzig bei der Gewährung von Renten, jetzt verfährt man in den entgegengesetzten Fehler. Wir ziehen paritätische Arbeitskammern den einseitigen Arbeitskammern vor. Das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Berufsgenossenschaften ist nicht ganz unberechtigt; sehr wünschenswert wäre die Einsetzung eines paritätischen Entscheidungsausschusses. Mit dem ewigen Geschrei über Rentensucht und Simulation macht man die soziale Gesetzgebung nicht populär. (Bravo! im Zentrum.)

Hoch (Soz.): Der Zentralverband der Industriellen will gar keine Arbeitervertretung, weder Arbeitskammern noch Arbeitsämtern. Er will mit keinerlei Arten der Gewerkschaften zu tun haben. Gewiß dürfen Leute nicht Renten bekommen, die keinen gesetzlichen Anspruch darauf haben; es sind aber wirklichen Invaliden; die Renten entzogen worden. Wir können nur dann eine Besserung erwarten, wenn den Arbeitern selbst ein Einfluß auf die Entscheidung eingeräumt wird. Der Abg. Mugdan verweist sich in der kleinsten Molekül gegen die Krankenkassenverordnungen, die die im Interesse der Versicherten den nach ihrer Überzeugung unberechtigten Anforderungen der Ärzte und des Dr. Mugdan nicht fügen wollen. In dem bedauerlichen Streit sind unerfreuliche Maßnahmen hüben und drüben unvermeidlich; es wird aber möglich sein, einen Boden zu schaffen, auf dem diese Differenzen leicht verschwinden. Dr. Mugdan hat aber nicht widerlegen können, daß der Streit sich nicht lediglich darum dreht, ob die Ärzte ihre Verträge mit der Ärzteorganisation oder den einzelnen Kassenvorständen abschließen sollen. Sehr gefreut hat es mich, daß der Vorredner eine Reform der Unfallversicherung für wichtiger hält, als die Reform der Krankenversicherung im Sinne des Dr. Mugdan. — Man hat meine Ausführungen über die Seeverbände angegriffen. Es ist nicht wahr, daß auch die allerkleinsten Verletzungen angemeldet werden; im Gegenteil kommt es, wie mir der Vorsitzende des Verbandes der Seeleute mitgeteilt hat, in dem seemannischen Verbands sehr häufig vor, daß Leute aus Unkenntnis der Bestimmungen die Anmeldung ihrer Ansprüche versäumen. Jedenfalls ist das Anwerben der Unfälle eine Tatsache, die sogar Dr. Heckscher bedauert hat anerkennen müssen. Ganz gewiß lassen sich nicht alle Gefahren der Seefahrt beseitigen; wir haben aber Fälle, in denen schwere Mängel in bezug auf die Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Seeleute festgestellt sind. In erschreckender Weise mehren sich die Fälle, in denen die allerwichtigsten Verordnungen gegen die Bestimmungen zur Sicherung von Unfallgefahren vorliegen. Auf dem Dampfer Neuenstein wurde eine Explosion dadurch herbeigeführt, daß eine ganze Masse feuergefährlicher Gegenstände über dem Kesselraum lagerte. (Hört, hört! b. d. Sozialdem.) Bei den sportlichen Veranstaltungen werden die Unfallverhütungsmaßnahmen geradezu frivol mißachtet; das Vergnügen der großen Herren scheint höher zu stehen als Leben und Gesundheit der Arbeiter. — Die Regierung holt sich ihre Informationen immer von dem Unternehmer; dagegen war beim Seemannskongress vom Jahre 1906 kein Vertreter des Reichsamt des Innern anwesend, obwohl alle Gänge einschließlich der Kapitäne anerkennen mußten, daß die Verhandlungen sehr sachlich geführt wurden und eine Fülle belehrenden Materials brachten. Die Regierung sollte in ihrem Lob der Berufsgenossenschaften etwas vorsichtiger sein. Unsere Pflicht ist es, die Wünsche der Arbeiter zur Sprache zu bringen. (Bravo! bei den Soz.)

Giesberts (Ztr.) sucht die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz gegen die Vorwürfe des Abgeordneten Sachse zu verteidigen und wünscht, daß die Landesversicherungsanstalten die Heime, Hospize usw. der katholischen und evangelischen Gesellenvereine mit Darlehen unterstützen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg sagt wohlwollende Prüfung der Anregungen des Vorredners zu und erklärt gegenüber dem Abg. Hoch, daß die Regierung sich nicht einseitig informiere.

Dr. Heckscher (ZBg.) wendet sich gegen Arbeiterkammern, spricht sich für paritätische Arbeitskammern aus, preist den praktischen Sinn der englischen Gewerkschaften und wirft unter Berufung auf Goethes „Faust“ dem Abgeordneten Hoch vor, daß er in unzulässiger Weise verallgemeinere.

Stadthagen (Soz.): Der Staatssekretär hat bei der zweiten Lesung bestritten, daß die bekannte preussische Verfügung über den Legitimationszwang der ausländischen Arbeiter keinen Verstoß gegen die Reichsgesetze enthalte. Ich stelle gegenüber diesen Ausführungen nochmals ausdrücklich fest, daß die Verfügung gegen die Handelsverträge und gegen das Reichspapiergesetz verstößt. Das Reichspapiergesetz schließt ausdrücklich für In- und Ausländer den Passzwang aus. Es kann aber keiner Wortkünsterei gelingen, abzuleugnen, daß jene Verfügung den Passzwang für ausländische Arbeiter einführt. Ferner beweist der Wortlaut der Verfügung, daß der Minister Preußens sich herausnimmt, Verfügungen für ganz Deutschland zu erlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun hat man gesagt, es handle sich nicht um eine Abgabe, sondern die 2 Mark pro Kopf stellen die Kosten für die Ausfertigung des Ausweispapieres dar. Das Stückchen Papier mag vielleicht einen halben Pfennig Wert haben; den Arbeiter aber zwingt man, an einen Menschenhändler oder an eine Menschenhändlergesellschaft 2 Mark zu zahlen. Hier wird eine Gebühr in flagrantem Gegensatz zum Wortlaut der Handelsverträge erhoben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch seitens Österreich ist diese Ansicht geltend gemacht. Der Staatssekretär hat auch nicht widerlegen können, daß die Einschaltung des Landrats als erkennende Instanz für diese ausländischen Vertreter im Widerspruch zu den Bestimmungen der Handelsverträge für die Ausländer einen anderen Rechtsweg schafft als für die Inländer. Der Staatssekretär sagt freilich, das geschehe der Beschleunigung halber. Dann mag er doch für Beschleunigung des langsame Rechtswegs sorgen. Formell liegt die Sache so, daß der Bundesrat wegen der Verstöße, die die Verfügung gegen Reichsgesetze enthält, auf Grund des Artikels 19 der Verfassung gegen Preußen zur Exekution schreiten müßte. Da es aber eine sonderbare Zumutung sein würde, vom preussischen Kaiser Exekution gegen Preußen zu verlangen (Hört, hört!), so ergibt sich, daß diese Exekutionsbestimmung nur auf dem Papier steht, daß Preußen eben der souveräne Staat in Deutschland ist. Das beweist ja auch die Überschrift der Verfügung. Wir wenden uns gegen diese Verfügung, weil durch sie ausländische Arbeiter zu Lohnbrüchern und Streikbrechern gegenüber den deutschen Arbeitern gemacht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verfügung ist ein Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und ein würdiges Gegenstück zu dem Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes, der die ausländischen Arbeiter den Unternehmern als gefügige Streikbrecher überliefern soll. Geradezu schmachvoll sind die Verträge, die die deutsche Feldarbeiterzentrale für diese ausländischen Arbeiter ausarbeitet. In geradzue raffinierter Weise werden die ausländischen Arbeiter darüber in unklaren gelassen, welche große Nachteile der Vertrag für sie bedeutet. In den Verträgen werden Lohnabzüge festgesetzt, die den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zuwiderlaufen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Ich möchte bei der Gelegenheit den Staatssekretär bitten, sich einmal um die elenden Wohnungen der Landarbeiter zu kümmern, die schlimmer sind als Schweinekäfige. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und dann kommen noch die Grundbesitzer und klagen über den Vertragsbruch der Arbeiter. Aber der Kontraktbruch der Unternehmer wird in jenen Verträgen geradezu prämiert. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) da die Unternehmer die eingehaltenen Verträge erhalten. Die Folge der Verfügung wird sein, daß die elende Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland noch tiefer herabgedrückt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Möge der Staatssekretär die preussische Regierung aufhalten, die Reichsgesetze zu achten, die doch auch für sie bestimmt sind, und seinen internationalen Vertragsbruch zu treiben. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Resolution Dr. Krenndt wird darauf angenommen.
Beim Titel Normalabrechnungamt fragt Abg. Lehmann (Wiesbaden (Soz.) an, was nach Aufhebung der Gemeindebehörden aus den dort angestellten Beamten werden soll.

Geheimrat Jonequieres stellt in Aussicht, daß für die Beamten der kaiserlichen Ämter für den Fall ihrer Aufhebung Fürsorge getroffen werden soll.

Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt droht Abg. Dr. Koeslitz (Kons.) verweist mit einer deutschen Neuauflage der französischen Winerrebellion, wenn das neue Weingesez nicht endlich kommen werde.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg erklärt, daß der Entwurf bald publiziert werden soll.

Severling (Soz.): Abg. Decker hat sich über die englische Gewerkschaftsbewegung verbreitet. (Vizepräsident Dr. Paasche: Wir sind jetzt beim Reichsgesundheitsamt.) Sie werden gleich den Zusammenhang erkennen. (Weiter.) Die englische Gewerkschaftsbewegung ist von der deutschen überholt und an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht heute Deutschland, nicht England. Etwas unterscheidet die englische Gewerkschaftsbewegung von der deutschen und darin ist sehr gesund. (Weiter.) Sie ist von der englischen Regierung anerkannt. Der Reichsfinanzminister, groß im Bekleidungs, hatte eine Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses erklärt, seine Aufmerksamkeit auf die Zustände in den Hütten- und Walzwerken richten zu wollen, besonders auf die dortigen Gesundheitsverhältnisse. Der preussische Handelsminister hat auch einige Hüttenwerke besucht; er war aber angemeldet und es sind ihm potentielle Dörfer vorgeschwindelt worden. (Vizepräsident Dr. Paasche: Das gehört nicht zum Reichsgesundheitsamt.) Die Reichsregierung trägt daran Schuld, daß die Regelung der Untersuchung dieser Verhältnisse dem preussischen Handelsminister übertragen worden ist. — Die Arbeitsverhältnisse in den Schieferelen müßten reichsrechtlich und nicht durch Landesverordnungen geregelt werden, denn sonst werden die Betriebe je nach der sozialpolitischen Stellung der betreffenden Regierung ungleichmäßig behandelt. Ist doch zum Beispiel Weisen weit mehr sozialpolitisch fortgeschritten als Breußen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zubeil (Soz.): Eine Bundesratsverordnung hat den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht, den Arbeitern das Merkblatt gegen die Bleiweißgefahr einzuhändigen. Die Verordnung ist aber auf dem Papier stehen geblieben und eine Reihe Unternehmerorganisationen forderten offen zur Umgehung der Verordnung auf. (Hört, hört! b. d. Soz.) Selbst die Vorstände von Staatswerkstätten haben auf die Verordnung geachtet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man sollte nach holländischen Muster schlangweg das Bleiweiß verbieten, weil das giftige Zinkweiß ein vollwertiger Ersatz ist. Erfolgt das Verbot nicht, so wird sich bei den Arbeitern die Überzeugung festsetzen, daß es der Reichsregierung gleichgültig ist, ob Hunderte von Arbeitern dem Tode oder bleibendem Stetium ausgeliefert werden. (Beif. b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Caspary wendet sich gegen ein völliges Verbot des Bleiweißes und behauptet, die Bundesratsverordnung gegen die Bleiweißgefahr habe sich durchaus bewährt.

Lehmann (Wiesbaden (Soz.): Der Herr Regierungsvertreter unterschätzt die Gefahr der Bleiweißvergiftung. Eine Reihe Zuschriften aus meinem Wahlkreise klagen über ungenügende Aufsicht der Gewerbeinspektoren in dieser Beziehung. Von einem Rückgang der Erkrankungen infolge von Bleiweißvergiftungen kann keine Rede sein. Ein Verbot der Bleiweißverwendung ist sehr wohl durchführbar. — Das jetzige Weingesez, das Sactoriusgesetz (Heiterkeit) reicht nicht aus. Die Weinfälschung müßte genau so verfolgt werden wie die Milchfälschung. (Bravo! b. d. Soz.)

Beim Kapitel Reichsversicherungsamt verteidigt von Saldern (K.) die Berufsgenossenschaften gegen die von verschiedenen Seiten gegen sie erhobenen Vorwürfe.

Erzberger (Z.) verlangt eine Denkschrift über die Ausleihung von Kapitalien der Versicherungsanstalten. Man sollte noch mehr als bisher durch diese Kapitalien die Handwerker-Genossenschaften unterstützen. In den Heilstätten ist zu wenig Seelsorge. Auch sollte mehr Krankenpflegepersonal ausgebildet werden. (Bravo!)

Vizepräsident Kaempff teilt dem Hause das Ableben des regierenden Bürgermeisters von Hamburg Dr. Mönckeburg mit. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Everling (M.) beschäftigt sich ebenfalls mit der Seelsorge in den Heilstätten, und verbittet sich Zwischenrufe des Abg. Erzberger. (Bravo! b. d. Natl.)

Guno (Wpt.) will keine konfessionellen Streitigkeiten, und keine zu große Spezialisierung der Berufsgenossenschaften, und wünscht die Gleichstellung gewisser Gewerbekrankheiten mit entschädigungspflichtigen Unfällen.

Nach weiterer unemotionaler Debatte, in der sich namentlich die Abgeordneten Everling, Erzberger und Dr. Mugdan über die konfessionellen Verhältnisse des weiblichen Personals in Heilstätten unterhalten, wird der Reichstag des Reichsanwalts des Innern bewilligt, worauf das Haus die Weiterberatung der dritten Sitzlesung auf Montag, 11 Uhr, vertagt.

Schluß 7 1/2 Uhr

Soziales und Parteileben.

Tarifabschlüsse im Dortmunder Brauergewerbe. Auch die Dortmunder Ringbrauereien haben jetzt mit den Arbeitern Lohnstarife vereinbart. In Betracht kommen hauptsächlich die Zentralverbände der Brauerei- und Böttcherearbeiter. Danach beträgt die normale Arbeitszeit zehn Stunden täglich bei einer Anwesenheitspflicht von 12 Stunden. Die Pausen für das Frühstück und Mittagbrot sind auf 1/2 bzw. 1 1/2 Stunde festgesetzt. Sonntagsarbeit soll tunlichst vermieden werden. Für die gesetzlich als zulässig erklärte Sonntagsarbeit wird eine Vergütung nicht gewährt, darüber hinaus wird jede Stunde mit 60 Pfg. vergütet. Der Lohn beträgt für Brauer, Küper und Mälzer bei der Einstellung 27,50 Mk. die Woche und steigt bis 32,50 Mk., für Fuhrleute und Geizer 24 bis 28 Mk., für Maschinisten und Handwerker 25 bis 29 Mk. und für Arbeiter 22 bis 26,50 Mk. Im allge-

melnen werden Abersunden mit 50 Pfg. bezahlt, wovon jedoch die Fuhrleute, abgesehen von den Sonntagen, ausgeschlossen sind. Der Tarif tritt sofort in Kraft und gilt bis zum 30. September 1910.

Zur Tarifbewegung der Postenverleiher. Eine Konferenz der Vertreter der Lederfabrikanten Deutschlands und des Postenverleiher- und Sattler-Verbandes, die in Berlin tagte, beschloß, einen Einheitsstarif für die gesamte deutsche Lederindustrie zu schaffen, der am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll. Alle bestehenden Tarife sollen gemeinsam gelündigt werden. Als Grundsätze gelten folgende Veltätze: Höchsttarifszeit von 54 Stunden wöchentlich, aber nicht länger als 9 Stunden täglich; die Regelung der Mindeststunden- und Akkordlöhne und der Arbeitszeit bleibt örtlichen Verhandlungen vorbehalten; Bezahlung der Abersunden mit mindestens 25 Proz. Zuschlag, Sonntags- und Nachtarbeit höher; neue Akkordsätze sind nur unter vorhergehenden Aussprachen mit Fabrik- und Heimarbeitern und Arbeiterinnen zu vereinbaren; Befugnis der Schlichtungskommission, Exekutivstrafen für Tarifbrüche festzusetzen; Vorstandsmitglieder der Organisationen dürfen der Schlichtungskommission nicht angehören, aber als Kläger fungieren; Dauer des Tarifes drei Jahre. Hierzu nahm im Saale des Gewerkschaftshauses zu Berlin eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Tischler, Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen und Postenverleiher Stellung und beschloß einstimmig, sich mit der Kündigung aller Tarifverträge zum 1. Juli und mit dem Einheitsstarifvertrag als Grundlage für die Tarife aller beteiligten Orte einverstanden zu erklären. In Frage kommen hierbei hauptsächlich außer Berlin die Städte Offenbach, Leipzig, Stuttgart, Frankfurt a. M. usw. Zur Ausstellung der neuen Lohn- und Arbeitszeitforderungen sollen in allen betroffenen Orten Sonderveranstaltungen stattfinden.

Die spanischen Auswanderer auf Cuba. Ein cubanischer Genosse gibt dem „Sozialist“ einen nicht weniger denn rosigem Bericht über das Los der Auswanderer aus Spanien, die in großen Schiffsladungen fast täglich in Cuba ankommen. Der Ankommling wird erst nach der Tricornia, dem Lager der Emigranten geführt, wo er bei elender Behandlung und zum Preise von 1,50 Pesetas (1 Peseta ist 50 Pfg.) per Tag eine Art Quarantäne auszuhalten hat. Man wird aus diesem Lager nur entlassen, wenn man nachweisen kann, daß eine solvante Persönlichkeit eine Kaution von 150 Pesetas erlegen kann. Natürlich hat die überwiegende Mehrzahl der Auswanderer weder selber Geld noch solvante Freunde und sie haben nur die Hoffnung, daß irgend etwas im Lande eintritt, was Arme und Arbeitskräfte erfordert, so daß ein Unternehmer für sie bezahlt. Die Arbeiter, die auf solche Weise bleiben können, werden in Scharen nach einem Wagen dritter Klasse gebracht, dort verpackt und nach den Zuckerfabriken gebracht. Dort bietet man ihnen einen Lohn von 20 bis 30 Piaster per Monat bei vollständiger Arbeitszeit. Wenn sich ein Arbeiter beklagt, wird er sofort unter Bedeckung der Ortspolizei zugeführt und mit Tadelungen des Empirerens zum Schweigen gebracht. Ist es einem Arbeiter allenfalls gelungen, aus einer derartigen ersten „Stellung“ frei zu werden, so kann er sich für 1,30 Piaster Tageslohn verdienen für zwölfstündige Hunderarbeit. Um fünf Uhr muß er aufstehen und zu seiner Arbeitsstelle laufen, wo er bei glühender Hitze Zuckerrohr schneiden muß. Auch der Gefündeste ist in kürzester Zeit bleichsüchtig. Sein Essen besteht aus Reis und einer Schmitte geräucherter Fleisch und für dieses Essen muß er 12 Piaster monatlich bezahlen. Wenn er nicht die Mittel hat, sich eine Hängematte zu leisten, muß er auf elenden Säcken mit einem Haufen Leidensgenossen zusammen schlafen. So lebt er während der fünf bis sechs Monate der Zukereerte, dann muß er andere Arbeit suchen. Es ist das aber sehr schwer, da in dieser Epoche natürlich viele Arbeiter frei werden. Er muß zufrieden sein, wenn er eine Anstellung bekommt, wo er 70—80 Centavos mit Umgraben per Tag verdient. Es ist kein Wunder, daß unter solchen Umständen auch Streiks versucht werden, ein fünf Monate währender Streik der Eisenbahnarbeiter brachte ihnen wenigstens den Neuntandentag, während durch zielbewußteres Vorgehen und größere Einigkeit unter den Leuten ganz andere Resultate hätten erzielt werden können. Gegenwärtig streifen auch 8000 Zigarrenarbeiter, die wenigstens eine geschlossene Organisation besitzen. Die Fabrikanten wollen Arbeiter entlassen, diese schlagen vor, daß lieber die Arbeitszeit verkürzt werden solle. Natürlich versuchen die Arbeitgeber die Organisation zu sprengen. Die arbeitenden 7000 Tabakarbeiter geben je einen Tagelohn zur Unterstützung der Ausständigen. Der Gewährsmann Viktor Querga nimmt an, daß der Kampf mehrere Monate dauern wird.

Deutsches Musikanten-Elend.

Im Münchener Musikleben haben sich in den letzten Wochen Dinge vollzogen, die geeignet sind, geradezu revolutionierend auf den ganzen deutschen Zivilmusikantenstand zu wirken und die hoffentlich nicht ohne segensreiche soziale und wirtschaftliche Folgen für diesen im „glänzenden Elend“ (glänzend wie ein abgelschabter Frack) lebenden, zur Freude und zum Genuß der Mitmenschen wirkenden Stand vorübergehen werden.

Die Dinge haben sich der Reihenfolge nach so zugezogen: Das Raim-Orchester, die Gründung des Hofrats Dr. Raim, seit 14 Jahren das einzige Münchener Privat-Orchester, das für den künstlerischen Konzertbetrieb im weiteren Sinne des Wortes in Betracht gekommen war, hat sich aufgelöst. Unter sehr unglücklichen Begleiterscheinungen. Das miserabel bezahlte, unglückliche Orchester hatte die Liebe und das Vertrauen zu seinem Kapellmeister, Herrn Schnevoigt (dem Nachfolger des berühmtesten aller Raim-Dirigenten, Felix Weingartner), verloren, dem es die Schuld an der ungerechtfertigten Entlassung mehrerer langjähriger Orchestermitglieder zumaß. Vorher war es zu einer Demonstration des Orchesters im Konzertsaal gegen einen mißliebigen Kritiker gekommen. Das Publikum, das erschienen war, Beethoven und Mozart zu hören, mußte mit einer Konzertrede des ersten Fagottisten vorliebnehmen, der im Namen des Orchesters erklärte, man spiele nicht weiter, wenn der betreffende Musikreferent nicht den Saal verlasse. Das war zweifellos eine ungehörige Vergewaltigung der Freiheit der Kritik, mit der das Orchester sich viele Sympathien verscherte, die es nachher auf seinem jungen Lebensweg als vom Banne des kapitalistischen Kunstindustrialismus befreite selbständige Körperschaft nur zum Teil wiedergewann. Der Fall Schnevoigt endete mit einem Krach. Das Raim-Orchester beschuldigte keinen Führer offen, mit dem gehässigen honkollierten Kritiker gemeinsame Sache gemacht zu haben, und in einem Mannheimer Konzert spielten nun die Musiker absichtlich so ausdruckslos und schlecht, daß Dr. Raim den „Räbelsführer“ sofort entließ. Jetzt zeigte sich das

solidarische Gefühl der Kunstproletarier im hellsten Lichte. Alle 60 Musiker traten auf Seiten des Gemäßigten auf die Straße. Das Raim-Orchester hatte aufgehört zu existieren. Die „nicht- und disziplinlose, kontraktbrüchliche Bande“, wie der kapitalistische Münchener Preßhangel aller Schattierungen zeterie, erklärte sich als selbständige demokratische Körperschaft nach dem Prinzip der Selbstverwaltung und konzentrierte in drei Sälen unter namhaften Dirigenten als „Münchener Tonkünstler-Orchester“. Herrn Hofrat Raim blieben als Streikbrecher, die ihre Kollegen unter Bruch des schriftlichen Ehrenworts in den Rücken stelen, nur „Iren“ die beiden Konzertmeister, Heyde und Bliet helken die Männer. Hinter dem Tonkünstler-Orchester aber stand die stramme gewerkschaftliche Organisation des Zivilmusikerverbandes, der 12 000 Mitglieder starke Allgemeine deutsche Musiker-Verband mit dem Sitz in Berlin. Der Allgemeine deutsche Musiker-Verband subventioniert das Tonkünstler-Orchester zunächst auf zwei Jahre, er veranstaltete bei 82 deutschen Orchestern (worunter Hoforchester!) Sammlungen und Sympathieabenden für die tapfere Künstlerschar. Er verhängte die Sperre über das Raim'sche Institut und über den Musikausschuß der Ausstellung München 1908. Der Musikausschuß konnte infolgedessen kein Ausstellungsort für künstlerischen Qualitäten bekommen und mußte sich auflösen. Herr Raim, der, obwohl vor dem Bankrott stehend, gern noch ein neues Raim-Orchester zusammenkommen möchte, kann dies nicht tun, denn fast alle deutschen Orchestermitglieder gehören dem Allgemeinen Deutschen Musiker-Verband an.

So hat das demokratische Münchener Tonkünstler-Orchester moralisch gesiegt und wird auch wirtschaftlich und künstlerisch siegen, trotz des Preßboikotts, den die vereinigte bürgerliche Presse Münchens über seine Konzerte ausgesprochen hat. Das Publikum unterstützt das demokratische freie Münchener Tonkünstler-Orchester durch zahlreichen Besuch seiner Veranstaltungen. Der Fall des Raim-Orchesters hat der weiteren Öffentlichkeit die Augen geöffnet über die schlechte ökonomische Lage der Orchestermitglieder. Das Leben wirkt immer stärker als Bücher. Vorher schon hatten nämlich Dr. Marisp und Dr. Walz in genaueren, auf statistischem Material fußenden Untersuchungen die Aufmerksamkeit der Regierung und der Verwaltungsbehörden auf das Musikereleud zu lenken versucht. Dr. Walz namentlich weist in seiner überaus verdienstvollen Broschüre „Die Lage der Orchestermitglieder in Deutschland“ (Karlruhe, G. Braun) nach, wie der Obstbaum Musikereleud anher aus der Wurzel alles Übels: der kapitalistischen Lohnklaverei, aus den zwei Wurzeln: Lehrlingszuchtereien in den sogenannten Musikgeschäften, früher Stadtpfeiferen, und Militär- und Beamtenkonkurrenz genährt wird. Der deutsche Orchestermitglied mit Konservatoriumsvorbildung, hoher Arbeitszeit, mit Vorschrift, stets tadellosen Frack oder Gehrock zu tragen, bezieht ein Durchschnittsgehalt von 1200 bis 1400 Mark jährlich! Hier ein Haushaltsbudget eines Hamburger Musikers:

(Gehalt mit Wohnungsgeld 1800 Mt. Mann, Frau und zwei Kinder. Das Orchester spielt im Sommer in Gms.)	
Wohnung in Gms und Hamburg	550 Mark
Licht und Heizung	180
Steuern	20
Gehrock- und Frackanzug (Vorschrift)	100
Kleider, Waiche, Schuhe für die Familie	180
Instrumente, Saiten usw.	60
Pensions-, Kranken-, Witwen- u. Waisenkasse, Musiker-Verbands-Beitrag	80
Schulgeld und Schulbücher (in Gms und Hamburg)	50
Umzug der Familie nach Gms und zurück	60
Kleine Ausgaben, Fahrgeid	80
Zusammen	1220 Mark.

580 Mark pro Jahr oder 1,60 Mark pro Tag bleiben also für die Ernährung einer vierköpfigen Familie, für alle Neuanfassungen und für alle außerordentlichen Ausgaben, wie Arzt, Apotheker, Zeitungen usw., und das in Städten mit so teurer Lebenshaltung wie Hamburg und Gms!

Diese Zahlen reden gewiß eine deutliche Sprache von der Not deutscher Musiker! Was kann helfen, da die Gesetzgebung, die Regierung, die Behörden Schutz und Besserung verweigern? Nur eine stramme berufliche Organisation aller Zivilorchestermusiker auf freigewerkschaftlicher Basis.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie leicht ein Landarbeiter angeklagt werden kann. Es ist wohl ein sehr seltener Fall, daß der Vertreter einer Anklagebehörde in einer Anklage gegen Landarbeiter selber erklärt, die Anklage sei zu Unrecht erhoben. Dieser Fall passierte vor dem Spandauer Schöffengericht. Es waren zwei Gutsarbeiter, die auf dem der Deutschen Anstaltungsbank gehörigen Gute Seegefild arbeiteten, wegen Diebstahls angeklagt. Die Angeklagten meinten ein, sie haben von dem Gute Brennholz als Deputat zu verlangen. Bei ihrem Zuge nach Seegefild haben sie eine Quantität Brennholz mit nach dort gebracht. Da das erste Deputatholz, welches sie in Seegefild erhielten, grün und naß war, also erst getrocknet werden mußte, so hätten sie zwischen ihr mitgebrachtes Holz verfeuert. Sie hielten sich deshalb auch für berechtigt, bei ihrem Wegzuge von dem Gute Seegefild eine gleiche Quantität Holz, wie sie nach dort mitgebracht, von dem Seegefilder Deputatholz mitzunehmen. Der Gutsverwalter, welcher die Strafanzeige erstattet hatte, im Vorverjahre aber gar nicht vernommen worden war, gibt vor Gericht diese Berechtigung der Angeklagten zu. Er will die Strafanzeige auf Grund eines anonymen Briefes erstattet haben, in welchem gedroht wurde, ihn selber anzeigen, falls er nicht Strafantrag stelle. Der Amtsanwalt Wolf führte aus, daß das Deputatholz ein Äquivalent für geleistete Arbeit sei und dasselbe bei der Übergabe in das Eigentum der Angeklagten übergegangen wäre. Die Angeklagten auch eigenes Holz mitgebracht und verbraucht hätten, so falle der Moment der rechtsmüßigen Eignung. Gegen die Angeklagten sei zu Unrecht Anklage erhoben. Wenn man im Vorverjahre den Gutsverwalter gehört hätte, wäre die Anklage wohl nicht erhoben worden. Er beantragte deshalb Fre-

Sprechung. Das Gericht erkannte unter derselben Begründung auch auf Freisprechung. — Bedauerlich ist, abgesehen von der Erhebung der Anklage, daß nicht auch alle Auslagen der Staatskasse oder, wozu das Gesetz berechtigt, dem fahrlässigen Denunzianten aufzuerlegt wurden.

Aus Nah und Fern.

Schwerer Unglücksfall. Wie aus Kellinghausen (Regierungsbezirk Düsseldorf) gemeldet wird, stürzte der Oberingenieur Meyer von dem Vereinigten Essener Steinkohlbergwerk beim Überschreiten des Gewölbes der Ringofenanlage infolge Zusammenbruchs der Decke in den brennenden Ofen. Er wurde schwer verletzt und starb im Krankenhaus.

Gegen die Spiel-Automaten. Auf Grund reichsgerichtlicher Entscheidung wurde in Frankfurt a. M. wieder eine große Anzahl Spiel-Automaten in Wirtschaften von der Polizei beschlagnahmt.

Über das durch Wassereintrich verursachte Grubenunglück im Schacht „Glückauf“ bei Bölspe werden folgende Einzelheiten bekannt: Außer einer elektrischen Flügelpumpe, die in der Minute drei Kubikmeter Wasser hebt, sind alle Pumpen durch die Fluten betriebsunfähig gemacht. In der Nacht zum Mittwoch hat man einen Pultometer eingebaut. Die Unglücksstätte war dem Betriebsführer Müller schon seit längerer Zeit verdächtig vorgekommen, da an verschiedenen Stellen Wasser durchsickerte. Gleich beim ersten Schlage gegen die Wand brach diese auf, und unter furchtbarem Geräusch brauste eine zwei Meter hohe Wassersäule auf die Unglücklichen herab, diese unter sich begrabend. Durch den furchtbaren Luftdruck, der dabei erzeugt wurde, erloschen im ganzen Schachte die Grubenlichter. Binnen 20 Minuten waren alle Gänge bis an den Fahrtschacht unter Wasser gesetzt. Die in den Nebengängen arbeitenden anderen Bergleute konnten nur das nackte Leben retten, so rasch stiegen die Fluten. Alles Gerät mußten sie im Stich lassen. Der Bergmann Hoffmann-Wölpe rettete, obwohl er selbst in höchster Lebensgefahr schwebte, den bereits von den tosenden Wassermengen umgerissenen Bergarbeiter Kühne-Ausleben vor dem sicheren Tode, indem er ihn empvortrieb und ihn mit sich schleifte, bis hilfreiche Hände beide in Sicherheit brachten. Wenn die Katastrophe zwei Minuten später eingetreten wäre, dann hätte sie noch weit mehr Menschenleben gefordert, da sich der Obersteiger Hille mit einer Hilfsmannschaft auf dem Wege zur Durchbruchsstelle befand; vor den ihm begegnenden Fluten mußte er umkehren. Acht brave Bergleute fanden durch das Unglück ihren Tod.

Der Breslauer Polizeiprozess in Stuttgart. Die Verhandlung vor der Stuttgarter Strafkammer gegen den Redakteur des „Wahren Volks“ hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Mit solchen Prozessen also glaubt man nördlich der Mainlinie „moralische Eroberungen“ in Süddeutschland machen zu können! „So etwas lassen sich die Breußen gefallen?“ meinte empört ein Zuhörer nach der Verlesung der Zeugenaussagen über die Taten der Breslauer Polizei. „Was, halt die Presse, ich hau' dich mitten entzwei!“ schimpft der eine Breslauer Polizist, was machen Sie noch hier, Sie die wampige Sau!“ schreit der andere eine schwangere Frau an. Ein Votz, der den Arzt zu einem schwer blutenden Manne holen soll, wird nicht zum Haus hinausgelassen. Ein Arzt sagt aus: „Der größte Teil der Verletzungen befand sich auf dem Nacken. Dies erregte die Bewunderung der Ärzte.“ Und dann der „Fall Wiewald“! Der Oberstaatsanwalt Faber, den das Unglück getroffen, die Klage der Breslauer Polizei vertreten zu müssen, bemühte sich redlich, von der Anklage zu retten, was nicht zu retten war. Aber die Breslauer Polizeitaten auf dem staatsanwaltlichen Gewissen zu nehmen, das brachte auch er nicht fertig. Um so schärfer gingen die Verteidiger mit den Breslauer Ordnungshütern ins Gericht. „Der Wahrheitsbeweis für die gelbte Kritik ist gelungen“, jagte der eine; der andere erklärte: „Ein Teil der Polizei ist gegen Wehrlose vorgegangen in einer alles menschliche Gefühl verletzenden Weise. In einer ganzen Reihe von Fällen ist der Beweis dafür erbracht. Es ist der Nachweis erbracht, daß die Schulkommunikation zum Teil vom Geist der Rohheit und Gewalttätigkeit befeuert gewesen ist.“ Der Oberstaatsanwalt erkannte diese Kritik stillschweigend als berechtigt an. Nur dagegen wehrte er sich in einer kurzen Schlussbemerkung, daß der Richter, der die Zeugenvernehmung

in Breslau vorgenommen hat, in einseitiger und partieller Weise seines Amtes gewaltet habe. Ein Akt der Kollegialität, vom Juristen dem Juristen geleistet. Der Eindruck der Enthüllungen über die Geschäftspraxis des Breslauer Richters konnte der Oberstaatsanwalt mit seiner Bemerkung aber nicht im geringsten abschwächen. Die schneidende Kritik der Verteidiger an den Taten der Breslauer Polizei mußte er unerwidert lassen. Hier wäre jedes Wort vergeblich gewesen. Das fühlte er wohl. Darum schwieg er. Das Urteil steht noch aus. Für den nominell Angeklagten, den Genossen Heymann, ist es auch ziemlich gleichgültig, ob die Richter auf eine Geldstrafe erkennen oder nicht. Für die Breslauer Polizei auch. Denn die fürchterliche moralische Niederlage, die sie sich vor dem Stuttgarter Gericht geholt hat, ist durch kein Gerichtsurteil mehr zu wenden. Das Urteil über Kritiker und Kläger spricht die Öffentlichkeit, das Volk. Und dieses Urteil ist bereits gefällt. Unwiderruflich.

Gerichtssitzung im Zuchthaus. Zuweilen pflegen die Gerichte, wenn es die Not erfordert, an recht ungewöhnlichen Stätten ihr Forum aufzuschlagen. Daß aber eine Gerichtsverhandlung in den dumpfen Räumen eines Zuchthauses vor sich geht, kommt zum mindesten nicht alle Tage vor. Aus Rawitsch wird über einen Fall dieser Art berichtet: Im Zuchthaus zu Rawitsch wurde am 5. Juli 1907 bei einer Schlägerei im Arbeitsaal der Strafgefangene Walter getötet. An der Szene hatten sich 16 Strafgefangene beteiligt, gegen die der Staatsanwalt in Lissa Anklage erhob. Der Verhandlungstermin wurde auf den nächsten Freitag und Sonnabend anberaumt. 94 Strafgefangene sollen als Zeugen vernommen werden. Wegen der Gefährlichkeit des Transportes von 50 Zuchthäusern nach Lissa ist beschlossen worden, die Verhandlung im Zuchthaus zu Rawitsch stattfinden zu lassen. Die Richter werden den Prozeß in demselben Raume abhalten, in dem Walter erschlagen wurde.

Über einen aufregenden Kampf zwischen Gendarmen und Eisenbahnräubern in dem Nachtzuge Naram-Brod werden folgende Einzelheiten gemeldet: Gegen 11 Uhr nachts hörten zwei Gendarmen, die in einem Kupee dritter Klasse saßen, aus einem Nachbarabteil unterdrückte Schreie, die hin und wieder durch das Rollen des Zuges überdünnt wurden. Die Gendarmen drangen in den Raum und fanden dort einen Reisenden im Kampf mit drei Eisenbahnräubern, von denen einer mit einem Lottschlager den Kopf des Opfers bearbeitete, während die beiden anderen dem sich heftig Wehrenden und um Hilfe Schreienden die Tische zu leeren versuchten. Als die Gendarmen mit vorgehaltenen Revolvern auf die Banditen eindrangen, rissen diese die Tür des Wagens auf, um zu flüchten. Der erste sprang in das Dunkel der Nacht hinaus und verschwand, während der zweite Räuber mit einem kühnen Schwung das Dach des Wagens erklimmte, um über die Dächer der Eisenbahnwaggons zu flüchten. Der Dritte der Räuber schwang sich in dem Moment, als der Zug die Brücke eines Flusses passierte, aus dem Wagenabteil, sprang auf das Brückengeländer und verschwand in den Fluten des Stromes. Infolge Notsignals hielt bald darauf der Zug, und beim Absuchen wurde der auf dem Dach befindliche Eisenbahnräuber festgenommen. Alle drei waren sehr gut gekleidet und dürften zu einer internationalen Bande gehören, die den Eisenbahnraub systematisch betreibt.

Ein Millionenchwindel. In Paris ist bekanntlich der Direktor des Kreditminier, Rochette, verhaftet worden. Es handelt sich um schwindelhafte Industrieerfindungen von riesigem Umfange, die in manchen Punkten an den Fall Friedberg erinnern, aber über diesen noch weit hinausreichen. Die Laufbahn des verhafteten Finanziers, der erst 32 Jahre alt ist, war geradezu verblüffend. Rochette debütierte als Kellner in Melun, kam dann nach Paris und knüpfte dort, nachdem er eine kleine Erbschaft gemacht hatte, Beziehungen zu zweifelhaften Finanziers an, durch die er den größten Teil seines Vermögens einbüßte. Durch Schanden wurde er klug. Er verlegte sich selbst auf Gründungen, in denen er bald ein Meister wurde. Ihm verdanken folgende Unternehmungen ihre Existenz: Kreditminier, Banque-Franco-Espagnole, Mines de la Nerva, Manchon Bella, Guiffon Bella, zahlreiche Kohlengruben und das Fachblatt „Le Financier“. Dank einer überaus eifrigen Propaganda geblieben die Gründungen auch scheitend. Rochette verfügte über 58 Filialen und Agenturen in Paris und in der Provinz, mit denen er seine Papiere im Publikum unterbrachte. Die eingereichte Strafanzeige gegen ihn, die von einem Ingenieur erstattet wurde, liegt bereits mehrere Wochen zurück, führte aber jetzt zur Verhaftung, nachdem inzwischen gegen den einflussreichen Mann eingehende Erhebungen gepflogen worden waren. Die Anklage gegen ihn lautet auf Betrug, Vertrauensmißbrauch und Diebstahl. Der größte Teil des Schadens ent-

fällt auf kleine Leute, allein auch die Stillenhäuser sind betroffen. Der „Matin“ gibt 150 Millionen als Ziffer des Nominalwertes der Papiere des verhafteten Rochette an. Rochette bezahlte glänzende Dividenden, so daß die Herren der Pariser Börse ihr eigenes Geld bei seinen Unternehmungen placierten und ihre Klienten zur Teilnahme anhielten. Bei der Gründung des Kreditminier, dessen Erbschaft Rochette übernahm, war noch Herese Humbert mit tätig, die dem vom Bahnhofschankburschen zum Bankkassierer aufgestiegenen Rochette als nachahmungswürdiges Muster erschien. Die Freunde Rochettes behaupten, die vor-handenen Schwierigkeiten seien nur durch seine großen Verbindungen erzeugt worden, die ihm viel Geld gekostet hätten. Er glaubte als Unternehmer sich die Politiker warm halten zu müssen, und mancher von diesen Politikern hatte unter irgend welchem Rechts-titel Tausende von ihm bezogen. Ein Senator habe bei einigen seiner Aktienunternehmungen nicht weniger als 800 000 Francs verdient. Wenn diese kostspieligen Verbindungen aufhörten, so wäre Rochette der Mann, der sich aus aller Verlegenheit zu ziehen wissen würde. Inzwischen werden diese politischen Verbindungen von nationalistischen Blättern zu politischen Zwecken ausgebeutet. Der Fall Rochettes zieht eines der ältesten Stillenhäuser, die Firma Quantin, mit sich, deren Ruf als unantastbar galt. Die Aufgabe Quantins war, die von Rochette emittierten Werte an der Börse zu stützen. Am letzten Sonnabend hatte er von diesen Aktien für 700 000 Francs gekauft, die infolge der Verhaftung Rochettes nicht gedeckt worden sind. Alle von Rochette emittierten Werte haben einen neuen Kurssturz erlitten. Auf der Börse erzählt man sich, daß die Nullisse 1 1/2 Millionen bei dem Krach verliere. Unter den Establishments, die besonders schwer zu leiden haben werden, nennt man die Société de Publicité financière et commerciale. Diese Gesellschaft war gegründet worden, um die verschiedenen Aktien Rochettes der Öffentlichkeit anzupreisen. Ein Finanzier, der Beziehungen zu Rochette hatte, äußerte sich folgendermaßen: „Vor etwa einem Monat begann Rochette sich darüber klar zu werden, daß es ihm unmöglich sei, sich länger über Wasser zu halten. Als letzten Ausweg beschloß er, bei Clemenceau Hilfe zu suchen. Was bei dieser Unterredung geschah, weiß man nicht genau. Aber soviel ist sicher, daß Clemenceau seinen Gast hinausbegleitete, ohne ihm etwas Bestimmtes zu versprechen.“ In den 58 Städten, in denen Rochette Filialen seiner Bankunternehmungen begründet hatte, sind zahllose kleine Unternehmer ruiniert. Wie ein Blitzschlag hatte sich das Gerücht von der Finanzkatastrophe in der Provinz verbreitet und eine ungemöhnliche Panik hervorgerufen. Der mit der Untersuchung gegen den Finanzmann Rochette betraute Richter beschlagnahmte eine Summe von neun Millionen Francs, die in verschiedenen Banken hinterlegt waren. Am 24. März wurden drei weitere Klagen eingereicht. Der radikale Deputierte Cécaldi teilte dem Justizminister mit, daß er seine bereits im November 1907 angekündigte Interpellation über die schwindelhafte Gründung Rochettes in der morgigen Kammer-sitzung einbringen werde. Die Aktien der von Rochette gegründeten Unternehmungen werden von den Blättern auf 14 Millionen, die Passiven dagegen auf mindestens 100 Millionen Francs geschätzt.

Genossenschaftsbewegung.

Um die Verbindung der genossenschaftlichen Institutionen verschiedener Länder zu fördern, insbesondere um die Beziehungen zwischen den Großeinkaufsgesellschaften zu pflegen, hat die englische Großeinkaufsgesellschaft einen Vertreter für den europäischen Kontinent angestellt. Herr Neithammer, der „Continental Traveller“ der englischen C. W. S., begann seine genossenschaftliche Laufbahn im Bureau des schweizerischen Verbandes unter Dr. Hans Müllers Leitung. Er war dann in Genua und Zürich bei Genossenschaften tätig und trat schließlich in das statistische Bureau der englischen Großeinkaufsgesellschaft in Manchester ein, wo er drei Jahre tätig war, um dann wieder nach der Schweiz zurück-zutreten. Ostern wird er seine erste Reise antreten.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein: Von W. B. durch J. W. 1.10 Mk.

Freder. Meyer u. Co.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwab. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Lieder-Abend.

Zwecks Aufmerksamkeit ist der Kassierer vom Lieder-Abend am Mittwoch abend von 8 bis 9 Uhr im Vereinshaus anwesend.

Das Komitee.

Für die Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken herzlichst:
Georg Koch nebst Frau und Tochter.
Sachsenburg.

Für die vielen Gratulationen und Geschenken zu unserer silbernen Hochzeit sagen allen Bekannten und Verwandten sowie dem Gesangsverein der Zimmerer unsern besten Dank
F. Junge und Frau.

Gesucht ein Mädchen
außer der Schaleit. Schaafstraße 15, 11.

Maurer
für einige Wochen gesucht.
Schwanauer Allee 30.

Selbständige Polsterer
hoher Lohn, 9 stündige Arbeitszeit.
W. Kowitz, Mengstraße 19.

Be sogleich ein zuverlässiger mit guten Zeugnissen versehenen Mann zum Uebernehmen der Fähr.
Aug. Schnoor,
Lübeck, Einseidelfähr.

Eine Wohnung, entz. zwei bis drei Zimmer, im südlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz gesucht. Offerten mit Preisangabe unter P. L. 7 an die Expedition d. Bl.

Zweite abgeschlossene Etage mit allem Zubehör zu vermieten.
Näheres Kottwitzstraße 29 a, 1.

Eine frdl. 2-3 Zimmer, mit allem Zubehör von Leuten ohne Kinder, in der Nähe Meierstraße oder Nebenhofstraße, gesucht. Offerten mit Preisangabe unter H 12 an die Expedition d. Bl.

Eine Brotmaschine u. Schiebkarre
zu verkaufen. Leichstraße 11 a.

Gute Magnum bonum-Kartoffeln und Große Bohnen zu verkaufen.
Klappstraße 22 a.

Ein guter, Kinderklappstuhl
billig zu verkaufen. Wakenitzstraße 24.

Fahrrad
sehr gut erhalten, 50 Mark.
Schüsselbuden 30.

Große und kleine Kaninchen
zu verkaufen. Fuchstraße 22, hinten.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden neue emaillierte Böden unter alte emaillierte Töpfe geiebt.
Mengstraße 19.

Rosenpflanzkartoffeln
und frühe Lange zu verkaufen.
Reifesträße 39.

Ein Aquarium zu verkaufen.
Augustenstraße 7, 1.

Stickerwilleh Marthahelm

sucht zum 1. Mai ein- u. perfekte Köchinnen, Alledun, Stubenm., Saisonm., Morgenm. bei hohem Lohn.

Gebrüder Barg

5 Kohlmarkt 5

empfehlen:
Bettfedern und Daun
in nur tadelloser Ware.
Großes Lager in fertig genähten **Bett-Inletts**
Sodas das Füllen von Betten stets gleich erfolgen kann. Ferner sämtl. **Ausstauer-Artikel**
in bekannt großer Auswahl.
Rabatmarken über 4 pCt. in bar.

Hochfeine Magnum bonum-

Pflanzkartoffeln 100 Pfd. 3.25

Süß-Pflanzkartoffeln
100 Pfund 5.— Mk.

Magnum bonum-Esskartoffeln
200 Pfund 6.50 Mk.

Französische Kartoffeln 200 Pfd. 9.—

Wiederverkäufer Vorzugspreise.

L. Jacobsen Nchl.

Inh.: C. Heese
Meierstrasse 26.

1 schwarzer Fudel
zu kaufen gesucht.
F. Schmehl, Margarethenstr. 4 a.

Konfirmanden-Anzug, Maßarbeit, preisw
zu verkaufen. Fleischauerstraße 80.

Grassamen-Mischungen

für Abhänge, Wälle u. c. Pfd. 28 u. 26 Pfg.
für Gartenrasen . . . Pfd. 35
für Park- u. Teppichrasen . . . 45
für Schattenlage . . . 50

Gemüse- u. Blumensamen

Blumendünger Paket 10 Pfg.

Grüne Saaterbsen,
Lentbohnen,

Klee- u. Grassamen

empfehlen
in feinfähigster Ware
Ludwig Hartwig,

8.

Tapeten-

Reste

billigst abzugeben

Georg Bornhöfft

Untertrave 44-45.